

LEHR- und PRAXISKOMMENTAR

Düwell | Jousen
Luik | von Boetticher [Hrsg.]

SGB IX

Rehabilitation und Teilhabe
von Menschen mit Behinderungen

7. Auflage



Nomos

LEHR- und PRAXISKOMMENTAR

Prof. Franz Josef Düwell | Prof. Dr. Jacob Jousen
Prof. Dr. Steffen Luik | Prof. Dr. Arne v. Boetticher [Hrsg.]

SGB IX

Rehabilitation und Teilhabe
von Menschen mit Behinderungen

SGB IX | SchwbVWO | BGG

7. Auflage

Thomas Asmalsky, Oberursel | **Janina Bessenich**, Geschäftsführerin und Justiziarin, Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V. (CBP), Freiburg/Berlin | **Christoph Beyer**, Leiter des Inklusionsamtes beim Landschaftsverband Rheinland (LVR), Köln | **Prof. Dr. Arne von Boetticher**, Fachhochschule Potsdam | **Helmut Dankelmann**, Münster | **Berthold Deusch**, Dezernatsleiter Inklusions- und Integrationsamt beim Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg a.D., Stuttgart/Karlsruhe | **Prof. Franz Josef Düwell**, Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht a.D., Weimar, Honorarprofessor Universität Konstanz | **Dr. Anna-Miria Fuerst**, LL.M., Richterin am Niedersächsischen Obergerverwaltungsgericht, Lüneburg | **Prof. Dr. Jacob Jousen**, Ruhr-Universität Bochum | **Stella Keil**, Rechtsanwältin, Fachanwältin für Sozialrecht, Frankfurt am Main | **Janina Klar**, Richterin, Verwaltungsgericht Stuttgart | **Prof. Dr. Steffen Luik**, Richter am Bundessozialgericht, Kassel, Honorarprofessor Universität Tübingen | **Dr. Till Sachadae**, Stellvertretender Geschäftsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), Berlin | **Dr. Tobias Schweitzer**, Richter am Sozialgericht, Mainz



Nomos

Zitiervorschlag: LPK-SGB IX/Bearbeiter § ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7450-0

7. Auflage 2026

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2026. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 7. Auflage

„Die Sonne bringt es an den Tag“

1827 Ballade von Adelbert von Chamisso

Das Gedicht des Lyrikers Adelbert von Chamisso thematisiert eine verborgene Schuld. Die Angst vor ihrer Entdeckung wird durch die Metapher der Sonne symbolisiert. Die moralische Botschaft der 1827 verfassten Ballade ist, dass die Wahrheit immer ans Licht kommt.

Die 7. Auflage des Lehr- und Praxiskommentars orientiert sich an Chamissos Metapher von der Sonne. Die Autorinnen und Autoren bringen den oftmals unter vermeintlichen Sachgründen verborgenen Ausschluss von Menschen mit Behinderungen von der gesellschaftlichen Teilhabe ans Licht. Unser Ziel ist es, zur Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft beizutragen, indem wir mit wissenschaftlicher Methodik überholte Vorstellungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung aufzeigen und bessere Lösungen entwickeln. Es gilt Voltaires (bürgerlicher Name: François-Marie Arouet) dictum: „Das Bessere ist der Feind des Guten.“

Mehr Licht bedarf vor allem die Beobachtung der negativen Entwicklung der Schwerbehindertenbeschäftigung. 1982 betrug die Erfüllungsquote noch 5,9 v.H., fiel jedoch in den Folgejahren kontinuierlich ab. Das Problem hatte bereits die rot-grüne Koalition 1998 erkannt und in ihrem Koalitionsvertrag vom 20. Oktober 1998 angesprochen. Mit dem Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter vom 29. September 2000 sollte nach der Darstellung auf der BT-Drs. 14/3372, 15 die Umsetzung erfolgen, um „durch Verbesserung und Weiterentwicklung der spezifischen Instrumente zur Eingliederung Behinderter dem im Grundgesetz verankerten Benachteiligungsverbot für Behinderte Geltung zu verschaffen.“ Zur Ausgangslage wies das federführende BMAS darauf hin: „Trotz der seit 1974 unverändert geltenden Regelung, nach der Arbeitgeber verpflichtet sind, auf 6 v.H. ihrer Arbeitsplätze Schwerbehinderte zu beschäftigen, und trotz einer zweimaligen Erhöhung der Ausgleichsabgabe in den Jahren 1986 und 1990 hat die Zahl der beschäftigten Schwerbehinderten von 1982 bis 1998 um 211 710 (22,3 %) abgenommen. Dementsprechend sank auch die Erfüllungsquote bei der Beschäftigungspflicht von 5,9 % auf 3,8 %. Die Zahl der nicht besetzten Pflichtplätze stieg in diesem Zeitraum von 236 518 auf rd. 526 000, die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten von 93 809 (1981) auf 188 449.“ Als geeignete Maßnahme sah das BMAS es an, nach dem Motto „do ut des“ einen positiven Anreiz zu setzen. Den Arbeitgebern wurde durch Herabsetzung der Mindestbeschäftigungsquote auf 5 v.H. und den dadurch bedingten Wegfall von Ausgleichsabgabe in Erwartung einer erhöhten Einstellungsbereitschaft ein Geschenk in Milliardenhöhe gemacht. Die Erwartung wurde nicht erfüllt. Zwar stieg nach dem Sachstandsbericht der wissenschaftlichen Dienste des Bundetags vom 6. August 2019 (WD 6 – 3000 – 088/19) die absolute Zahl der beschäftigten schwerbehinderten Menschen bis 2017, aber die Erfüllungsquote der Privatwirtschaft erreichte nur 4,1 v.H. Es wundert nicht, dass bei diesem Stand die Bundesagentur für Arbeit davon absieht, die jeweils erreichte Ist-Beschäftigungsquote gut zugänglich zu veröffentlichen. Als sich zeigte, dass diese Entwicklung dauerhaft anhält, kam es im März 2023 zur „Neugestaltung der Beschäftigungsstatistik schwerbehinderter Menschen“. Danach wird die Ist-Quote nur noch für die Arbeitgebergruppe mit 60 und mehr zu zählenden Arbeitsplätzen ausgewiesen, obwohl diese Arbeitgebergruppe mit 66.650 von insgesamt 180.359 nur einen kleinen Teil und hinsichtlich der Beschäftigungsbereitschaft sogar eine positive Auswahl ausmacht. Durch die Ausblendung der Unternehmen mit bis 39 Arbeitsplätzen, die zu 43 v.H. überhaupt keinen Arbeitsplatz mit einem

schwerbehinderten Menschen beschäftigten, und der Arbeitgeber mit 40 bis 59 Arbeitsplätzen, die zu 24 v.H. keinen Arbeitsplatz mit schwerbehinderten Menschen besetzen, gelang für das Anzeigjahr 2023 die Schönung der Erfüllungsquote der Privatwirtschaft auf 4,2 v.H.

Mehr Licht: Wir wollen, was gut ist, nicht unter den Scheffel stellen, sondern im Lichte strahlen lassen. Das SGB IX vom 19. Juni 2001 hat nicht nur das Schwerbehinderten- und Rehabilitationsrecht zusammengefasst, sondern den Weg zur vollen gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft gewiesen. Unser Kommentar hat sich diesem Ziel von Anfang als verpflichtet angesehen. Mit dem Bundesteilhabegesetz vom 23. Dezember 2016 sind weitere Reformstufen in Kraft getreten, um den Anforderungen der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen zu entsprechen. Unser Kommentar hat diese Ausrichtung, die Menschen mit Behinderungen durch die neu in das SGB IX eingefügte Eingliederungshilfe aus dem bisherigen „Fürsorgesystem“ herauszuführen, aktiv begleitet. Mit der Neuauflage widmen wir uns den weiteren gesetzlichen Neuerungen, wie etwa dem Gesetz zur Anpassung des Zwölften und des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch und weiterer Gesetze vom 22. Dezember 2023 und dem Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts vom 13. Juni 2023. Grundlegend überarbeitet sind insbesondere der Überblick über den Aufbau und die Struktur des Rechts der Eingliederungshilfe, strukturelle Änderungen gegenüber dem alten Recht der Eingliederungshilfe im SGB XII, die Darstellung fortbestehender Schnittstellen zum Sozialhilferecht sowie zu den Schnittstellen zum Kinder- und Jugendhilferecht mit einer Erläuterung der Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII und der Abgrenzung der Zuständigkeiten, den Kooperationspflichten der beiden Sozialleistungsträger und der KJSG-Reform zu einer inklusiven Kinder und Jugendhilfe. Hinzu kommt ein Ausblick auf die noch ausstehende letzte Reformstufe des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes zum 1.1.2028.

Licht und Schatten: Einige Entscheidungen der Rechtsprechung haben den beschwerlichen Weg zur inklusiven Teilhabe am Arbeitsleben erleichtert. Zu nennen ist aus der neueren Rechtsprechung vor allem der Beschluss des BAG vom 9. Mai 2023 – 1 ABR 14/22. Mit der vom Ersten Senat des BAG dort aufgezeigten unionsrechtskonformen Auslegung des § 26 BDSG ist das häufig gegen Auskunftsansprüche der Beschäftigtenvertretungen vorgebrachte Abwehrinstrument des Datenschutzes entschärft worden. Andere Entscheidungen hemmen jedoch eher den Fortschritt. Dazu gehört insbesondere das Festhalten des Zweiten Senats an der traditionellen Rechtsprechungslinie des Sechsten und Achten Senats des BAG im Urteil vom 3. April 2025 – 2 AZR 178/24. Diese schränkt den Geltungsbereich des im Jahr 2000 mit dem Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter beschrittenen Weg der frühzeitigen Konfliktprävention ein. Die Regelung in § 167 Abs.1 SGB IX verpflichtet den Arbeitgeber, sobald er den Eintritt von Schwierigkeiten für den Fortbestand der Beschäftigung erkennt, die Beschäftigtenvertretungen einzuschalten und das Integrationsamt hinzuzuziehen. Die nach der Geschäftsverteilung mit dem Kündigungsrecht befassten Senate des BAG empfinden diese schwerbehindertenrechtliche Präventionspflicht als einen Einbruch in das von ihnen entwickelte Theorem der Kündigungsfreiheit während der nach § 1 Abs.1 KSchG sechs Monate dauernden Wartezeit, die für den Schutz vor einer sozial ungerechtfertigten Kündigung gilt. Diese teleologische Reduktion ist nicht tragbar. Denn sowohl Wortlaut als auch Kontext des § 167 Abs.1 SGB IX geben keinen Anhalt für eine Geltungsbereichsausnahme. Zudem hat im Gesetzgebungsverfahren keine Stimme eine derartige Einschränkung gefordert.

Wie schon in den Voraufagen hat das Autorenteam die Rechtsprechung der Fachgerichte und des BVerfG sowie der Landesverfassungsgerichte und des EuGH sorgfältig ausgewertet. Aus der neuesten BSG-Rechtsprechung, die eingearbeitet wurde, sind etwa zu nennen: die Entscheidungen zur Rechtsnatur der stufenweisen Wiedereingliederung (BSG vom 16.5.2024 – B 1 KR 7/23 R) und zu den Besuchsbeihilfen in der Eingliederungshilfe, die eine Pflichtleistung darstellen, soweit sie erforderlich sind (BSG vom 27.2.2025 – B 8 SO 10/23 R). Dabei ist das Schrifttum angemessen berücksichtigt worden. Der Leserschaft soll nicht nur anwendbares Praxiswissen, sondern auch die für die Lehre erforderliche wissenschaftliche Grundlegung des Teilhaberechts als notwendiger Bestandteil eines demokratischen Rechtsstaats vermittelt werden. Um diesem Anspruch auch künftig gerecht zu werden, ist das Team verjüngt und personell verstärkt worden.

Wir begrüßen als neue Autorinnen und Autoren aus den Fachgerichtsbarkeiten:
Dr. Anna-Miria Fuerst, LL.M., Richterin am Niedersächsischen Obergerverwaltungsgericht, Lüneburg,
Janina Klar, Richterin am Verwaltungsgericht, Stuttgart und
Dr. Tobias Schweitzer, Richter am Sozialgericht, Mainz,

aus der Anwaltschaft:

Stella Keil, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Sozialrecht, Frankfurt am Main,

und aus der akademischen Lehrtätigkeit:

Professor Dr. Arne von Boetticher, Fachhochschule Potsdam, der zugleich das Herausgeberteam verstärkt.

Unser Dank für die bisherige gemeinsame Autorentätigkeit gilt den Ausscheidenden, die maßgeblich zum Erfolg der Voraufagen beigetragen haben:

Dirk H. Dau, Richter am Bundessozialgericht a.D., Hamburg, der den Kommentar von Beginn an auch als Herausgeber mitverantwortet hat,

Professorin Dr. Renate Bieritz-Harder, Hochschule Emden/Leer,

Bernward Jacobs, Geschäftsführer a.D., Münster,

Professor Dr. Reza F. Shafaei, Fachhochschule Kiel,

Professorin Dr. Julia Zinsmeister, Technische Hochschule Köln.

Wir schulden als Herausgeber auch Dank an Verlag und Lektorat. Die gute Zusammenarbeit und die motivierende Koordination durch das Lektorat haben erneut die nötige organisatorische Basis für das Gelingen der Neuauflage geschaffen.

Last but not least: Autorenteam und Herausgeber benötigen die Resonanz der Leserschaft. Ihre Anregungen, Kritik und Vorschläge richten Sie bitte an:

franz.duewell@uni-konstanz.de.

Weimar/Bochum/Kassel/Potsdam, im Juli 2025

Franz Josef Düwell

Jacob Jousen

Steffen Luik

Arne von Boetticher

Bearbeiterverzeichnis

Thomas Asmalsky, Oberursel

(§§ 64–74)

Janina Bessenich, Geschäftsführerin und Justiziarin, Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V. (CBP), Freiburg/Berlin

(§§ 56–59, 63, 219–227)

Christoph Beyer, Leiter des Inklusionsamtes beim Landschaftsverband Rheinland (LVR), Köln

(§§ 39–41, 184–191, 237a–241, Kapitel 2: Verfahren und Rechtsschutz Abschn. 1–4)

Professorin Dr. Renate Bieritz-Harder [bis zur 6. Aufl.], Hochschule Emden/Leer

(§§ 90–98, 109, 110, 117–134, 143–150)

Professor Dr. Arne von Boetticher, Fachhochschule Potsdam

(§ 75, Vorbemerkung zu §§ 90 ff., §§ 99–116, 123–134)

Helmut Dankelmann, Münster

(§ 32)

Dirk H. Dau [bis zur 6. Aufl.], Richter am Bundessozialgericht a.D., Hamburg

(§§ 151–153, 163, 199–204, 209, 212, 228–237)

Berthold Deusch, Dezernatsleiter Inklusions- und Integrationsamt beim Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg a.D., Stuttgart/Karlsruhe

(§§ 49–55, 60–62, 192–198, 215–218)

Professor Franz Josef Düwell,

Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht a.D., Weimar, Honorarprofessor Universität Konstanz

(§§ 164–183, 205–208, 210, 211, Kapitel 1: Kirchliche Schwerbehindertenvertretungen Abschn. I, Kapitel 2: Verfahren und Rechtsschutz Abschn. 5)

Dr. Anna-Miria Fuerst, LL.M., Richterin am Niedersächsischen Obergerichtsgericht, Lüneburg

(BGG)

Bernward Jacobs [bis zur 6. Aufl.], Geschäftsführer a.D., Münster

(§§ 56–59, 63, 219–227)

Professor Dr. Jacob Jousen, Ruhr-Universität Bochum

(Einführung, §§ 1–8, 14–31, 33–38, 76–89, 154–162, 211, 213–214)

Stella Keil, Rechtsanwältin, Fachanwältin für Sozialrecht, Frankfurt am Main

(§§ 9–13, 90–98, 117–122)

Janina Klar, Richterin, Verwaltungsgericht Stuttgart

(§§ 151–153a, 163, 199–204, 209, 212, 228–237)

Professor Dr. Steffen Luik, Richter am Bundessozialgericht, Kassel, Honorarprofessor Universität Tübingen

(§§ 42–48)

Dr. Till Sachadae, Stellvertretender Geschäftsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), Berlin

(SchwbVWO, Kapitel 1: Kirchliche Schwerbehindertenvertretungen Abschn. II)

Dr. Tobias Schweitzer, Richter am Sozialgericht, Mainz

(§§ 135–150a)

Professorin Dr. Julia Zinsmeister [bis zur 6. Aufl.], Technische Hochschule Köln

(§§ 9–13, 75, 99–108, 111–116)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 7. Auflage	5
Bearbeiterverzeichnis	9
Literaturverzeichnis	25

Einführung	33
------------------	----

Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Neuntes Buch Sozialgesetzbuch – SGB IX)

Teil 1 Regelungen für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen	53
---	-----------

Vorbemerkung	53
--------------------	----

Kapitel 1 Allgemeine Vorschriften	54
--	-----------

Vorbemerkung	54
--------------------	----

§ 1 Selbstbestimmung und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft	54
--	----

§ 2 Begriffsbestimmungen	58
--------------------------------	----

§ 3 Vorrang von Prävention	67
----------------------------------	----

§ 4 Leistungen zur Teilhabe	72
-----------------------------------	----

§ 5 Leistungsgruppen	80
----------------------------	----

§ 6 Rehabilitationsträger	81
---------------------------------	----

§ 7 Vorbehalt abweichender Regelungen	84
---	----

§ 8 Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten	87
---	----

Kapitel 2 Einleitung der Rehabilitation von Amts wegen	93
---	-----------

§ 9 Vorrangige Prüfung von Leistungen zur Teilhabe	93
--	----

§ 10 Sicherung der Erwerbsfähigkeit	99
---	----

§ 11 Förderung von Modellvorhaben zur Stärkung der Rehabilitation, Verordnungsermächtigung	103
---	-----

Kapitel 3 Erkennung und Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs	105
--	------------

§ 12 Maßnahmen zur Unterstützung der frühzeitigen Bedarfserkennung	105
---	-----

§ 13 Instrumente zur Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs	110
--	-----

Kapitel 4 Koordinierung der Leistungen	115
---	------------

§ 14 Leistender Rehabilitationsträger	115
---	-----

§ 15 Leistungsverantwortung bei Mehrheit von Rehabilitationsträgern	125
--	-----

§ 16 Erstattungsansprüche zwischen Rehabilitationsträgern	129
---	-----

§ 17 Begutachtung	133
-------------------------	-----

§ 18	Erstattung selbstbeschaffter Leistungen	136
§ 19	Teilhabeplan	141
§ 20	Teilhabeplankonferenz	147
§ 21	Besondere Anforderungen an das Teilhabeplanverfahren	150
§ 22	Einbeziehung anderer öffentlicher Stellen	151
§ 23	Verantwortliche Stelle für den Sozialdatenschutz	153
§ 24	Vorläufige Leistungen	155
Kapitel 5	Zusammenarbeit	155
§ 25	Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger	155
§ 26	Gemeinsame Empfehlungen	158
§ 27	Verordnungsermächtigung	166
Kapitel 6	Leistungsformen, Beratung	168
	Vorbemerkung	168
	Abschnitt 1 Leistungsformen	168
§ 28	Ausführung von Leistungen	168
§ 29	Persönliches Budget	170
§ 30	Verordnungsermächtigung	178
§ 31	Leistungsort	178
	Abschnitt 2 Beratung	181
§ 32	Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung; Verordnungsermächtigung	181
§ 33	Pflichten der Personensorgeberechtigten	188
§ 34	Sicherung der Beratung von Menschen mit Behinderungen	190
§ 35	Landesärzte	192
Kapitel 7	Struktur, Qualitätssicherung, Gewaltschutz und Verträge	193
§ 36	Rehabilitationsdienste und -einrichtungen	193
§ 36a	[aufgehoben]	197
§ 37	Qualitätssicherung, Zertifizierung	197
§ 37a	Gewaltschutz	201
§ 38	Verträge mit Leistungserbringern	202
Kapitel 8	Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation	206
§ 39	Aufgaben	206
§ 40	Rechtsaufsicht	213
§ 41	Teilhabeverfahrensbericht	214

Kapitel 9 Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	219
Vorbemerkung	219
§ 42 Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	226
§ 43 Krankenbehandlung und Rehabilitation	241
§ 44 Stufenweise Wiedereingliederung	244
§ 45 Förderung der Selbsthilfe	256
§ 46 Früherkennung und Frühförderung	261
§ 47 Hilfsmittel	274
§ 47a Digitale Gesundheitsanwendungen	285
§ 48 Verordnungsermächtigungen	289
Kapitel 10 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	291
§ 49 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Verordnungsermächtigung	291
§ 50 Leistungen an Arbeitgeber	309
§ 51 Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation	311
§ 52 Rechtsstellung der Teilnehmenden	313
§ 53 Dauer von Leistungen	316
§ 54 Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit	318
§ 55 Unterstützte Beschäftigung	319
§ 56 Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen	335
§ 57 Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich ...	341
§ 58 Leistungen im Arbeitsbereich	350
§ 59 Arbeitsförderungsgeld	364
§ 60 Andere Leistungsanbieter	367
§ 61 Budget für Arbeit	373
§ 61a Budget für Ausbildung	380
§ 62 Wahlrecht des Menschen mit Behinderungen	386
§ 63 Zuständigkeit nach den Leistungsgesetzen	389
Kapitel 11 Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen ...	391
Vorbemerkung	391
§ 64 Ergänzende Leistungen	392
§ 65 Leistungen zum Lebensunterhalt	398
§ 66 Höhe und Berechnung des Übergangsgelds	404
§ 67 Berechnung des Regelentgelts	411
§ 68 Berechnungsgrundlage in Sonderfällen	416
§ 69 Kontinuität der Bemessungsgrundlage	423
§ 70 Anpassung der Entgeltersatzleistungen	425
§ 71 Weiterzahlung der Leistungen	428
§ 72 Einkommensanrechnung	433
§ 73 Reisekosten	436
§ 74 Haushalts- oder Betriebshilfe und Kinderbetreuungskosten	441

Kapitel 12 Leistungen zur Teilhabe an Bildung	445
§ 75 Leistungen zur Teilhabe an Bildung	445
Kapitel 13 Soziale Teilhabe	453
Vorbemerkung	453
§ 76 Leistungen zur Sozialen Teilhabe	454
§ 77 Leistungen für Wohnraum	456
§ 78 Assistenzleistungen	458
§ 79 Heilpädagogische Leistungen	461
§ 80 Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie	464
§ 81 Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten	465
§ 82 Leistungen zur Förderung der Verständigung	466
§ 83 Leistungen zur Mobilität	468
§ 84 Hilfsmittel	469
Kapitel 14 Beteiligung der Verbände und Träger	470
§ 85 Klagerecht der Verbände	470
§ 86 Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen	473
§ 87 Verfahren des Beirats	476
§ 88 Berichte über die Lage von Menschen mit Behinderungen und die Entwicklung ihrer Teilhabe	477
§ 89 Verordnungsermächtigung	479
Teil 2 Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen (Eingliederungshilferecht)	480
Kapitel 1 Allgemeine Vorschriften	480
Vorbemerkung	480
§ 90 Aufgabe der Eingliederungshilfe	507
§ 91 Nachrang der Eingliederungshilfe	511
§ 92 Beitrag	517
§ 93 Verhältnis zu anderen Rechtsbereichen	517
§ 94 Aufgaben der Länder	519
§ 95 Sicherstellungsauftrag	525
§ 96 Zusammenarbeit	528
§ 97 Fachkräfte	532
§ 98 Örtliche Zuständigkeit	534
Kapitel 2 Grundsätze der Leistungen	540
§ 99 Leistungsberechtigung, Verordnungsermächtigung	540
§ 100 Eingliederungshilfe für Ausländer	547
§ 101 Eingliederungshilfe für Deutsche im Ausland	557

§ 102	Leistungen der Eingliederungshilfe	559
§ 103	Regelung für Menschen mit Behinderungen und Pflegebedarf	560
§ 104	Leistungen nach der Besonderheit des Einzelfalles	571
§ 105	Leistungsformen	580
§ 106	Beratung und Unterstützung	582
§ 107	Übertragung, Verpfändung oder Pfändung, Auswahlermessen	584
§ 108	Antragserfordernis	585
Kapitel 3	Medizinische Rehabilitation	586
§ 109	Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	586
§ 110	Leistungserbringung	592
Kapitel 4	Teilhabe am Arbeitsleben	594
§ 111	Leistungen zur Beschäftigung	594
Kapitel 5	Teilhabe an Bildung	598
§ 112	Leistungen zur Teilhabe an Bildung	598
Kapitel 6	Soziale Teilhabe	606
§ 113	Leistungen zur Sozialen Teilhabe	606
§ 114	Leistungen zur Mobilität	617
§ 115	Besuchsbeihilfen	619
§ 116	Pauschale Geldleistung, gemeinsame Inanspruchnahme	620
Kapitel 7	Gesamtplanung	624
§ 117	Gesamtplanverfahren	624
§ 118	Instrumente der Bedarfsermittlung	632
§ 119	Gesamtplankonferenz	635
§ 120	Feststellung der Leistungen	640
§ 121	Gesamtplan	643
§ 122	Teilhabezielvereinbarung	648
Kapitel 8	Vertragsrecht	649
§ 123	Allgemeine Grundsätze	649
§ 124	Geeignete Leistungserbringer	665
§ 125	Inhalt der schriftlichen Vereinbarung	672
§ 126	Verfahren und Inkrafttreten der Vereinbarung	679
§ 127	Verbindlichkeit der vereinbarten Vergütung	683
§ 128	Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfung	687
§ 129	Kürzung der Vergütung	692
§ 130	Außerordentliche Kündigung der Vereinbarungen	694
§ 131	Rahmenverträge zur Erbringung von Leistungen	696
§ 132	Abweichende Zielvereinbarungen	701
§ 133	Schiedsstelle	702

§ 134	Sonderregelung zum Inhalt der Vereinbarungen zur Erbringung von Leistungen für minderjährige Leistungsberechtigte und in Sonderfällen	705
Kapitel 9	Einkommen und Vermögen	707
§ 135	Begriff des Einkommens	707
§ 136	Beitrag aus Einkommen zu den Aufwendungen	713
§ 137	Höhe des Beitrages zu den Aufwendungen	721
§ 138	Besondere Höhe des Beitrages zu den Aufwendungen	726
§ 139	Begriff des Vermögens	732
§ 140	Einsatz des Vermögens	740
§ 141	Übergang von Ansprüchen	744
§ 142	Sonderregelungen für minderjährige Leistungsberechtigte und in Sonderfällen	751
Kapitel 10	Statistik	757
§ 143	Bundesstatistik	757
§ 144	Erhebungsmerkmale	758
§ 145	Hilfsmerkmale	759
§ 146	Periodizität und Berichtszeitraum	760
§ 147	Auskunftspflicht	760
§ 148	Übermittlung, Veröffentlichung	761
Kapitel 11	Übergangs- und Schlussbestimmungen	762
§ 149	Übergangsregelung für ambulant Betreute	762
§ 150	Übergangsregelung zum Einsatz des Einkommens	763
§ 150a	Übergangsregelung für Ausländerinnen und Ausländer mit Aufenthaltstitel nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes oder mit entsprechender Fiktionsbescheinigung	765
Teil 3	Besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen (Schwerbehindertenrecht)	766
Kapitel 1	Geschützter Personenkreis	766
§ 151	Geltungsbereich	766
§ 152	Feststellung der Behinderung, Ausweise	773
§ 153	Verordnungsermächtigung	792
§ 153a	Sachverständigenbeirat, Verfahren	795
Kapitel 2	Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber	799
§ 154	Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen	799
§ 155	Beschäftigung besonderer Gruppen schwerbehinderter Menschen	809
§ 156	Begriff des Arbeitsplatzes	812

§ 157	Berechnung der Mindestzahl von Arbeitsplätzen und der Pflichtarbeitsplatzzahl	828
§ 158	Anrechnung Beschäftigter auf die Zahl der Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen	831
§ 159	Mehrfachanrechnung	836
§ 160	Ausgleichsabgabe	844
§ 161	Ausgleichsfonds	852
§ 162	Verordnungsermächtigungen	853
Kapitel 3 Sonstige Pflichten der Arbeitgeber; Rechte der schwerbehinderten Menschen		854
§ 163	Zusammenwirken der Arbeitgeber mit der Bundesagentur für Arbeit und den Integrationsämtern	854
§ 164	Pflichten des Arbeitgebers und Rechte schwerbehinderter Menschen	863
§ 165	Besondere Pflichten der öffentlichen Arbeitgeber	1041
§ 166	Inklusionsvereinbarung	1077
§ 167	Prävention	1103
Kapitel 4 Kündigungsschutz		1233
Vorbemerkung		1233
§ 168	Erfordernis der Zustimmung	1254
§ 169	Kündigungsfrist	1317
§ 170	Antragsverfahren	1322
§ 171	Entscheidung des Integrationsamtes	1349
§ 172	Einschränkungen der Ermessensentscheidung	1380
§ 173	Ausnahmen	1438
§ 174	Außerordentliche Kündigung	1468
§ 175	Erweiterter Beendigungsschutz	1505
Kapitel 5 Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrat, Schwerbehindertenvertretung, Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers		1530
§ 176	Aufgaben des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrates	1530
§ 177	Wahl und Amtszeit der Schwerbehindertenvertretung	1550
§ 178	Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung	1683
§ 179	Persönliche Rechte und Pflichten der Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen	1820
§ 180	Konzern-, Gesamt-, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung	1917
§ 181	Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers	1988
§ 182	Zusammenarbeit	2007
§ 183	Verordnungsermächtigung	2016

Kapitel 6	Durchführung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen	2020
§ 184	Zusammenarbeit der Integrationsämter und der Bundesagentur für Arbeit	2020
§ 185	Aufgaben des Integrationsamtes	2022
§ 185a	Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber	2040
§ 186	Beratender Ausschuss für behinderte Menschen bei dem Integrationsamt	2045
§ 187	Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit	2046
§ 188	Beratender Ausschuss für behinderte Menschen bei der Bundesagentur für Arbeit	2050
§ 189	Gemeinsame Vorschriften	2052
§ 190	Übertragung von Aufgaben	2053
§ 191	Verordnungsermächtigung	2054
Kapitel 7	Integrationsfachdienste	2054
§ 192	Begriff und Personenkreis	2054
§ 193	Aufgaben	2064
§ 194	Beauftragung und Verantwortlichkeit	2069
§ 195	Fachliche Anforderungen	2072
§ 196	Finanzielle Leistungen	2075
§ 197	Ergebnisbeobachtung	2078
§ 198	Verordnungsermächtigung	2080
Kapitel 8	Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter und gleichgestellter behinderter Menschen	2081
§ 199	Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen	2081
§ 200	Entziehung der besonderen Hilfen für schwerbehinderte Menschen	2085
Kapitel 9	Widerspruchsverfahren	2087
§ 201	Widerspruch	2087
§ 202	Widerspruchsausschuss bei dem Integrationsamt	2088
§ 203	Widerspruchsausschüsse der Bundesagentur für Arbeit	2089
§ 204	Verfahrensvorschriften	2089
Kapitel 10	Sonstige Vorschriften	2090
§ 205	Vorrang der schwerbehinderten Menschen	2090
§ 206	Arbeitsentgelt und Dienstbezüge	2099
§ 207	Mehrarbeit	2109
§ 208	Zusatzurlaub	2123
§ 209	Nachteilsausgleich	2162
§ 210	Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Heimarbeit	2173

§ 211	Schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten	2181
§ 212	Unabhängige Tätigkeit	2201
§ 213	Geheimhaltungspflicht	2202
§ 214	Statistik	2204
Kapitel 11	Inklusionsbetriebe	2205
§ 215	Begriff und Personenkreis	2205
§ 216	Aufgaben	2212
§ 217	Finanzielle Leistungen	2215
§ 218	Verordnungsermächtigung	2217
Kapitel 12	Werkstätten für behinderte Menschen	2218
	Vorbemerkung	2218
§ 219	Begriff und Aufgaben der Werkstatt für behinderte Menschen	2226
§ 220	Aufnahme in die Werkstätten für behinderte Menschen	2237
§ 221	Rechtsstellung und Arbeitsentgelt behinderter Menschen	2244
§ 222	Mitbestimmung, Mitwirkung, Frauenbeauftragte	2257
§ 223	Anrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe	2263
§ 224	Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand	2267
§ 225	Anerkennungsverfahren	2269
§ 226	Blindenwerkstätten	2271
§ 227	Verordnungsermächtigungen	2272
Kapitel 13	Unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr	2274
	Vorbemerkung	2274
§ 228	Unentgeltliche Beförderung, Anspruch auf Erstattung der Fahrgeldausfälle	2277
§ 229	Persönliche Voraussetzungen	2281
§ 230	Nah- und Fernverkehr	2288
§ 231	Erstattung der Fahrgeldausfälle im Nahverkehr	2291
§ 232	Erstattung der Fahrgeldausfälle im Fernverkehr	2292
§ 233	Erstattungsverfahren	2292
§ 234	Kostentragung	2293
§ 235	Einnahmen aus Wertmarken	2294
§ 236	Erfassung der Ausweise	2294
§ 237	Verordnungsermächtigungen	2294
Kapitel 14	Straf-, Bußgeld- und Schlussvorschriften	2295
§ 237a	Strafvorschriften	2295
§ 237b	Strafvorschriften	2295
§ 238	Bußgeldvorschriften	2299
§ 239	Stadtstaatenklausel	2308

§ 240	Sonderregelung für den Bundesnachrichtendienst und den Militärischen Abschirmdienst	2308
§ 241	Übergangsregelung	2309

Wahlordnung Schwerbehindertenvertretungen (SchwbVWO)

Erster Teil	Wahl der Schwerbehindertenvertretung in Betrieben und Dienststellen	2315
--------------------	--	-------------

Erster Abschnitt	Vorbereitung der Wahl	2315
§ 1 SchwbVWO	Bestellung des Wahlvorstandes	2315
§ 2 SchwbVWO	Aufgaben des Wahlvorstandes	2335
§ 3 SchwbVWO	Liste der Wahlberechtigten	2347
§ 4 SchwbVWO	Einspruch gegen die Liste der Wahlberechtigten	2351
§ 5 SchwbVWO	Wahl ausschreiben	2357
§ 6 SchwbVWO	Wahlvorschläge	2364
§ 7 SchwbVWO	Nachfrist für Wahlvorschläge	2386
§ 8 SchwbVWO	Bekanntmachung der Bewerber und Bewerberinnen	2390

Zweiter Abschnitt	Durchführung der Wahl	2391
§ 9 SchwbVWO	Stimmabgabe	2391
§ 10 SchwbVWO	Wahlvorgang	2399
§ 11 SchwbVWO	Schriftliche Stimmabgabe	2409
§ 12 SchwbVWO	Behandlung der schriftlich abgegebenen Stimmen	2418
§ 13 SchwbVWO	Feststellung des Wahlergebnisses	2426
§ 14 SchwbVWO	Benachrichtigung der Gewählten und Annahme der Wahl	2432
§ 15 SchwbVWO	Bekanntmachung der Gewählten	2437
§ 16 SchwbVWO	Aufbewahrung der Wahlunterlagen	2440
§ 17 SchwbVWO	Nachwahl des stellvertretenden Mitglieds	2444

Dritter Abschnitt	Vereinfachtes Wahlverfahren	2450
§ 18 SchwbVWO	Voraussetzungen	2450
§ 19 SchwbVWO	Vorbereitung der Wahl	2455
§ 20 SchwbVWO	Durchführung der Wahl	2461
§ 21 SchwbVWO	Nachwahl des stellvertretenden Mitglieds	2490

Zweiter Teil	Wahl der Konzern-, Gesamt-, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung in Betrieben und Dienststellen	2492
§ 22 SchwbVWO	Wahlverfahren	2492

Dritter Teil	Wahl der Schwerbehindertenvertretung, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung der schwerbehinderten Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	2499
§ 23 SchwbVWO	Wahlverfahren	2499
Vierter Teil	Wahl der Schwerbehindertenvertretung, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung der schwerbehinderten Richter und Richterinnen	2499
§ 24 SchwbVWO	Vorbereitung der Wahl der Schwerbehindertenvertretung der Richter und Richterinnen	2499
§ 25 SchwbVWO	Durchführung der Wahl	2502
§ 26 SchwbVWO	Nachwahl des stellvertretenden Mitglieds	2503
§ 27 SchwbVWO	Wahl der Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung der schwerbehinderten Richter und Richterinnen	2504
Fünfter Teil	Schlußvorschriften	2504
§ 28 SchwbVWO	[aufgehoben]	2504
§ 29 SchwbVWO	(Inkrafttreten)	2504
 Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz – BGG)		
Abschnitt 1	Allgemeine Bestimmungen	2507
§ 1 BGG	Ziel und Verantwortung der Träger öffentlicher Gewalt	2507
§ 2 BGG	Frauen mit Behinderungen; Benachteiligung wegen mehrerer Gründe	2514
§ 3 BGG	Menschen mit Behinderungen	2516
§ 4 BGG	Barrierefreiheit	2519
§ 5 BGG	Zielvereinbarungen	2521
§ 6 BGG	Gebärdensprache und Kommunikation von Menschen mit Hör- und Sprachbehinderungen	2527
Abschnitt 2	Verpflichtung zur Gleichstellung und Barrierefreiheit	2532
§ 7 BGG	Benachteiligungsverbot für Träger öffentlicher Gewalt	2532
§ 8 BGG	Herstellung von Barrierefreiheit in den Bereichen Bau und Verkehr	2540
§ 9 BGG	Recht auf Verwendung von Gebärdensprache und anderen Kommunikationshilfen	2544
§ 10 BGG	Gestaltung von Bescheiden und Vordrucken	2545
§ 11 BGG	Verständlichkeit und Leichte Sprache	2550

Abschnitt 2a	Barrierefreie Informationstechnik öffentlicher Stellen des Bundes	2552
§ 12 BGG	Öffentliche Stellen des Bundes	2552
§ 12a BGG	Barrierefreie Informationstechnik	2553
§ 12b BGG	Erklärung zur Barrierefreiheit	2553
§ 12c BGG	Berichterstattung über den Stand der Barrierefreiheit	2554
§ 12d BGG	Verordnungsermächtigung	2554
Abschnitt 2b	Assistenzhunde	2561
§ 12e BGG	Menschen mit Behinderungen in Begleitung durch Assistenzhunde	2561
§ 12f BGG	Ausbildung von Assistenzhunden	2562
§ 12g BGG	Prüfung von Assistenzhunden und der Mensch-Assistenzhund-Gemeinschaft	2562
§ 12h BGG	Haltung von Assistenzhunden	2562
§ 12i BGG	Zulassung einer Ausbildungsstätte für Assistenzhunde	2562
§ 12j BGG	Fachliche Stelle und Prüfer	2563
§ 12k BGG	Studie zur Untersuchung	2563
§ 12l BGG	Verordnungsermächtigung	2564
Abschnitt 3	Bundesfachstelle für Barrierefreiheit	2570
§ 13 BGG	Bundesfachstelle für Barrierefreiheit	2570
Abschnitt 4	Rechtsbehelfe	2573
§ 14 BGG	Vertretungsbefugnisse in verwaltungs- oder sozialrechtlichen Verfahren	2573
§ 15 BGG	Verbandsklagerecht	2575
§ 16 BGG	Schlichtungsstelle und -verfahren; Verordnungsermächtigung	2580
Abschnitt 5	Beauftragte oder Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen	2585
§ 17 BGG	Amt der oder des Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen	2585
§ 18 BGG	Aufgabe und Befugnisse	2587
Abschnitt 6	Förderung der Partizipation	2588
§ 19 BGG	Förderung der Partizipation	2588
Kapitel 1	Kirchliche Schwerbehindertenvertretungen	2591
Kapitel 2	Verfahren und Rechtsschutz	2613

Anhang 1:	Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen – UN-BRK	2659
Anhang 2:	Schwerbehindertenausweisverordnung – SchwbAwV	2684
Anhang 3:	Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung – SchwbAV	2689
Anhang 4:	Verordnung zur Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder (Frühförderungsverordnung – FrühV)	2701
	Stichwortverzeichnis	2705

Einführung

I. Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Sozialleistungssystem – Grundlegende Entwicklung	1	V. Fortentwicklungen des Gesetzes nach 2001	28
II. Historische Entwicklung	8	VI. Das Bundesteilhabegesetz und die nachfolgenden Reformen des SGB IX	30
III. Die ursprünglichen politischen Vorgaben an die gesetzliche Neuregelung im SGB IX	18	VII. Inhaltliche Schwerpunkte des Gesetzes	34
IV. Das Gesetzgebungsverfahren zum SGB IX	25	VIII. Gliederung des Gesetzes im Einzelnen	49

I. Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Sozialleistungssystem – Grundlegende Entwicklung

Das Grundgesetz und die deutsche Rechtsordnung gehen davon aus, dass es zur Unterstützung und zum Schutz von Menschen mit Behinderungen besonderer Regelungen bedarf. Die Verfassung hat diesbezüglich in Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG eine eigenständige Regelung aufgenommen. In ihr werden der **Förderungs- wie der Integrationsauftrag des Sozialstaatsprinzips** deutlich sichtbar und mit einer Signalwirkung verstärkt.¹ Dem Gesetzgeber stand dabei in diesem Zusammenhang vor Augen, dass die besondere Situation von Menschen mit Behinderungen weder zu gesellschaftlichen noch zu rechtlichen Ausgrenzungen führen soll.² Doch geht der Auftrag des Grundgesetzes aus dem Sozialstaatsprinzip erheblich über den reinen Diskriminierungsschutz hinaus. Der Gesetzgeber selbst hatte anlässlich der Einführung des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs insofern festgestellt, dass „[d]ie Integration von Menschen mit Behinderungen (...) eine dringliche politische und gesellschaftliche Aufgabe“ ist.³

Die Erweiterung des GG um den Satz 2 in Art. 3 Abs. 3 im Jahr 1994⁴ hat damit einen tiefgreifenden Wandel des Selbstverständnisses von Menschen mit Behinderungen⁵ und auch ihrer Stellung in und gegenüber der Gesellschaft zum Ausdruck gebracht. „Im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen stehen nicht mehr die Fürsorge und die Versorgung von Menschen mit Behinderungen, sondern ihre selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Beseitigung der Hindernisse, die ihrer Chancengleichheit entgegenstehen.“⁶ Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Gesellschaft im Allgemeinen und am Arbeitsleben im Besonderen bilden in diesem Zusammenhang eine komplexe Aufgabe, die in der Regel besondere medizinische, schulische, berufliche und soziale Maßnahmen und Hilfen erfordert. Diese Aufgabe ist im **System der sozialen Sicherung** nicht einem eigenständigen Zweig zugeordnet. Vielmehr ist das Recht der Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Deutschland

1 BVerfG 18.6.1975 – 1 BvL 4/74, BVerfGE 40, 121 (133); ErfK/Schmidt GG Art. 3 Rn. 77.

2 BVerfG 8.10.1997 – 1 BvR 9/97, NJW 1998, 131; BT-Drs. 12/8165, 29.

3 BT-Drs. 14/2913, 2.

4 Durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 27.10.1994, BGBl. I 3146.

5 Die früher verwandte Terminologie, die von „behinderten Menschen“ sprach, wurde in der Einführung durchgängig zugunsten der seit dem BTHG (Bundesteilhabegesetz, Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (BTHG) vom 23.12.2016, BGBl. I 3234) gesetzlich gebräuchlichen Formulierung „Menschen mit Behinderungen“ aufgegeben, auch wenn das für die Zeit vor 2018 anachronistisch ist.

6 BT-Drs. 14/2913, 3.

als Bestandteil des sich entwickelnden Sozialrechts organisch, dh innerhalb der einzelnen Sozialleistungsbereiche, entstanden.

- 3 Als die ersten Sozialgesetze am Ende des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts erlassen wurden, gab es noch keine spezifischen **Regelungen für Menschen mit Behinderungen oder solche, die von Behinderung bedroht sind**. Sie wurden im Laufe der Jahre im Rahmen der verschiedenen allgemeinen sozialen Sicherungssysteme als spezielle Lösungen für bestimmte Personengruppen entwickelt. Eine systematische und abgestimmte Gesamtplanung erfolgte erst aufgrund des ersten Aktionsprogramms der Bundesregierung zur Förderung der Rehabilitation der Behinderten im Jahre 1970. So sind die Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen als Teilaufgaben in viele Bereiche des gegliederten Systems der sozialen Sicherung eingebettet, also in die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung mit ihrer Kranken-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Hinzu kommen das Versorgungs- und soziale Entschädigungsrecht und ihre Verankerung im Recht der Jugend- und der Sozialhilfe.
- 4 In allen diesen genannten Zweigen sind demzufolge Leistungen zur Rehabilitation wie auch zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen vorhanden, in allen Zweigen werden dabei **unterschiedliche Träger** tätig. So kennt die Unfallversicherung Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben und zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. Gleiches gilt für die Rentenversicherung. Die Krankenversicherung wiederum ist ebenfalls als Akteur beteiligt, wie auch die Jugendhilfe.
- 5 Dies lässt deutlich werden, dass die in nationaler Hinsicht vom verfassungsrechtlichen Sozialstaatsprinzip und international vor allem durch die UN-Behindertenrechtskonvention⁷ geforderten Anstrengungen nicht eindimensional Eingang in die Rechtsordnung gefunden haben. Vielmehr war schon früh eine **große Ausdifferenzierung** und Zersplitterung feststellbar. Im Ergebnis führte eine sehr lange Entwicklung dazu, dass in den letzten Jahrzehnten die Hilfen zur Eingliederung von Menschen mit Behinderungen und solchen, die von Behinderung bedroht sind, ins Arbeitsleben und in die Gesellschaft zu einem durchgängigen, in sich aber differenzierten System sozialrechtlicher und anderer Vorschriften ausgestaltet wurde. Dieses **System von Leistungen und sonstigen Hilfen** fand jedoch zunächst keinen entsprechenden Ausdruck in der rechtlichen Ausgestaltung.
- 6 Anspruch und Wirklichkeit entwickelten sich stark auseinander. War der Anspruch darauf gerichtet, den Geboten des Sozialstaatsprinzips im Hinblick nicht nur auf Schutz und Fürsorge, sondern vor allem auch im Hinblick auf Rehabilitation und Ermöglichung von Teilhabe so weit wie möglich Rechnung zu tragen, zeigte die Wirklichkeit eine sich infolgedessen immer stärker ausdifferenzierende Gesetzeslage. Es gab neben den ursprünglich zentralen Regelungen in den beiden Kerngesetzen „Rehabilitations-Angleichungsgesetz“ und „Schwerbehindertengesetz“ eine **Vielzahl weiterer Vorschriften** in anderen Gesetzen und Verordnungen. Das führte, wie häufig bei einer im Laufe der Zeit immer größer werdenden Regelungsdichte, der kein einheitliches System zugrunde liegt, zu einer starken Rechtsdiffusion, die jegliche Systematik und Stringenz vermissen ließ. Selbst innerhalb bloß des Sozialrechts wurden zwar Leistungen und Hilfen zur Eingliederung von Menschen mit Behinderungen parallel und in der Sache gleichförmig und nach gleichen Kriterien erbracht (zB Hilfsmittel oder Leistungen zur Eingliederung ins Arbeitsle-

⁷ Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, das am 13.12.2006 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen wurde und durch die Ratifizierung des 20. Unterzeichnerstaats am 3.5.2008 in Kraft getreten ist.

ben). Doch die einschlägigen Vorschriften, die die Grundlage für diese Leistungen darstellten, waren größtenteils unterschiedlich gefasst. Es fehlten häufig sachgerechte Abgrenzungs- und Verknüpfungsregelungen. Zudem förderte die Zersplitterung der Rechtsvorschriften bei den einzelnen beteiligten Trägern und Stellen die Tendenz zu einer isolierten Betrachtung von Teilproblemen und Teillösungen. Das war umso misslicher, als für Menschen mit Behinderungen oder solchen, die von Behinderung bedroht sind, die Leistungen und sonstigen Hilfen zur Eingliederung vor allem in ihrem Zusammenwirken von Bedeutung sind und überhaupt erst den eigentlichen Auftrag zu erfüllen vermögen, den etwa das Sozialstaatsprinzip der Rechtsordnung aufgibt.

Rechtsauslegung, Rechtsanwendung und Nutzung der Vorschriften durch die Betroffenen waren insgesamt zudem durch die **unübersichtliche Regelung** erschwert. Das beruhte auf der schon angedeuteten, im Folgenden kurz nachzuzeichnenden historischen Entwicklung dieser Rechtsmaterie, die schließlich in dem im SGB IX sichtbaren Versuch mündete, eine ganzheitliche Teilrechtsordnung zu schaffen.

II. Historische Entwicklung

Die Wurzeln des den einen Gegenstand des heutigen SGB IX bildenden Rehabilitationsrechts lagen im 19. Jahrhundert, und die Sozialversicherungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts wiesen ihrerseits schon von Beginn an zusätzlich auch Leistungen auf, die Zwecke verfolgten, die heute unter den Begriff der „Teilhabe“ fallen würden. **Nach dem ersten Weltkrieg** entstanden die **Hauptfürsorgestellen**,⁸ kurz darauf wurde das Schwerbeschädigtengesetz erlassen.⁹ Im Vordergrund stand die **Reintegration gerade der Kriegsverletzten** in den Arbeitsmarkt. Das gerade im Entstehen befindliche Arbeitsrecht erhielt erste soziale Vorgaben, etwa eine Quotenregelung, die bis heute erhalten ist und sich mittlerweile in den §§ 154 ff. SGB IX wiederfindet.

Nach den furchtbaren Entwicklungen während des **nationalsozialistischen Terrors**, die unter anderem zur Ermordung von schätzungsweise nahezu 300.000 Menschen mit Behinderungen geführt hatten, erfolgte der Neubeginn nach 1945 im Bereich des Rechts der (Schwer-)Behinderten auch unter diesem Eindruck. Doch primär stand, wie schon nach dem ersten Weltkrieg, wieder sehr konkret die Bewältigung der Anforderungen aus den Folgen des Krieges als Herausforderung bevor: Die außerordentlich hohe Zahl an Kriegsversehrten führte bereits **1950 zum Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges**,¹⁰ **1953** schloss sich die Neufassung des **Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter** an.¹¹ Beide Gesetze verfolgten besonders das Ziel der beruflichen Integration. In diesem Licht ist auch die Rentenreform des Jahres 1957 zu sehen, die einen Rehabilitationsauftrag in die Rentenversicherung einführte, der sich konkret auf die berufliche Rehabilitation ausdehnte.¹² In diesem Zusammenhang fand der aus dem englischen Sprachraum, insbesondere durch die Tätigkeit der ILO, stammende Begriff der „Rehabilitation“ systematisch Eingang in die deutsche Rechtsordnung.

⁸ Eingeführt durch die Verordnung vom 8.2.1919, RGBL. 187.

⁹ Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6.4.1920, RGBL. 458.

¹⁰ Bundesversorgungsgesetz vom 20.12.1950, BGBl. I 791.

¹¹ Gesetz vom 16.6.1953, BGBl. I 389.

¹² Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter vom 23.2.1957, BGBl. I 45.

- 10 Neben diesen deutlich auf die berufliche Rehabilitation gerichteten gesetzlichen Bewegungen kamen Ende der fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts weitere Entwicklungen hinzu. Das Gesetz über die **Fürsorge für Körperbehinderte und von einer Körperbehinderung bedrohte Personen**¹³ und vor allem auch das **Bundessozialhilfegesetz** vom 30.6.1961¹⁴ führten zu wichtigen Regelungen allgemeiner, nicht spezifischer arbeitsmarktorientierter Natur. Eine sich entwickelnde Eingliederungshilfe war das Ergebnis. Erstmals wurde das soziale Netz zugunsten derjenigen Menschen mit Behinderungen geknüpft, die aus den anderen möglichen Leistungsregeln, die die Bestimmungen der allgemeinen Sozialversicherungen bereit hielten, keine Ansprüche erwarben. Es entstand somit ein eigenständiges Anspruchsrecht zugunsten von Menschen mit Behinderungen, das von den bisher bekannten, an die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung angebundenen Rechte losgelöst war. Damit wurde die Regelungsdichte der für Menschen mit Behinderungen vorhandenen gesetzlichen Normen und Ansprüche größer, zugleich wurde auch die Komplexität größer, die vor allem auch zu nicht aufeinander abgestimmten, vielschichtigen Regelungen führte. Gleiche oder doch vergleichbare Leistungen wurden von verschiedensten Trägern vorgesehen, ohne dass eine koordinierte Abstimmung erfolgte.
- 11 1974 erfolgte ein weiterer großer Schritt auf dem Weg zu einer umfassenden Regelung des Schwerbehindertenrechts. Im Zuge der Bemühungen um eine grundlegende Reform, die ihrerseits zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht erreicht wurde, trat am 29.4.1974 das „**Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft**“ in Kraft.¹⁵ Dieses Gesetz enthielt zahlreiche, zum Teil fundamentale Neuerungen. Es führte etwa in Abkehr vom bis dahin geltenden Kausalitätsprinzip, das die Ursache der Behinderung als entscheidenden Faktor für Leistungen ansah, eine Neubestimmung zum Vorliegen einer Schwerbehinderung ein. Eine solche liegt seitdem vor, wenn Menschen körperlich, geistig oder seelisch bedingt eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 50 % aufweisen. Damit wurden die Hilfen für schwerbehinderte Menschen von der Ursache einer Kriegsbeschädigung losgelöst – alle Menschen mit Behinderungen sollten, so die Vorstellung, unabhängig von der Ursache der Behinderung, an den entsprechenden Ansprüchen und Leistungen gleichermaßen teilhaben. Auch gab es wesentliche Modifikationen bei der Beschäftigungspflicht und Ausgleichsabgabe zulasten der Arbeitgeber. Hinzu kam eine nicht zu unterschätzende Weiterentwicklung in organisatorischer Hinsicht. Mit dem „Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation“ vom 7.8.1974¹⁶ wurden die Krankenkassen als Rehabilitationsträger vom Gesetz anerkannt. Auf diesem Weg sollten ihre Leistungen wie diejenigen der Rentenversicherungsträger in der medizinischen Rehabilitation für erwerbs- wie für nicht erwerbstätige Versicherte grundsätzlich in gleichem Maße anerkannt werden. Das Gesetz bemühte sich auf diesem Weg darum, die verschiedenen Regelungen zur Rehabilitation von Menschen mit Behinderungen zumindest in gewissem Maße zu vereinheitlichen.
- 12 Die Folgejahre waren von verschiedenen Bemühungen geprägt, insbesondere der steigenden Arbeitslosigkeit gerade unter schwerbehinderten Menschen entgegenzuwirken. Dazu diente etwa das „**Erste Gesetz zur Änderung des Schwerbehindertengesetzes**“ vom 24.7.1986, bekannt gemacht am 26.8.1986,¹⁷ welches nicht nur die

13 Körperbehindertengesetz vom 27.2.1957, BGBl. I 147.

14 BGBl. 1961 I 815.

15 BGBl. 1974 I 1005.

16 BGBl. 1974 I 1881.

17 BGBl. 1986 I 1421.

Ausgleichsabgabe erhöhte, sondern auch den als diskriminierend empfundenen Behinderungsbegriff neu definierte. Zudem kam es zu einer Neufassung des § 10 Abs. 1 SGB I, mit dem der Teilhabebegriff neu beschrieben wurde. Doch war vor allem bis zur deutschen Einheit kaum eine Fortentwicklung der Rechtsmaterie zu beobachten, Fortschritte hin zu einer Systematisierung oder Vereinheitlichung der unterschiedlichen Bereiche waren allenfalls graduell auszumachen: hier eine Erweiterung der ambulanten Rehabilitation im SGB V, dort eine Neuordnung des Rentenversicherungsrechts im Jahr 1992 mit nur wenigen Auswirkungen auf das Rehabilitationsrecht.

Die **neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts** führten dann jedoch zu einer spürbaren Weiterentwicklung, die vor allem auf zwei Ursachen gründete. Zum einen stellte die **deutsche Einheit** 1990 auch für das Sozialrecht eine große Herausforderung dar. Die Übertragung der westdeutschen Rechtslage auf die neuen Bundesländer erfolgte, doch wurde die Gelegenheit zunächst nicht genutzt, in dieser Zeit zugleich auch grundlegende Systembereinigungen vorzunehmen, anders als etwa in der Unfallversicherung, die im SGB VII (schon) 1996 eine Neuordnung erfuhr. Wichtiger dürften indes für die Fortentwicklung des Rehabilitations- wie Teilhaberechts **zwei neue normative Regelungen** gewesen sein, die auf den ersten Blick keine unmittelbaren Auswirkungen mit sich zu bringen schienen. Der 1994 neu eingeführte Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG mit seinem Verbot der Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen führte zu einem ersten wichtigen Anstoß zur Weiterentwicklung des Rechtsgebiets. Die sich mit ihm sicher verbindenden Erwartungen fanden – mit der zu erwartenden zeitlichen Verzögerung – Ausdruck etwa in den öffentlich-rechtlichen Gleichstellungsgesetzen für Menschen mit Behinderungen im Bund¹⁸ und in den Bundesländern. Es kamen vielfältige Gesetze und Verpflichtungen vor allem der öffentlichen Verwaltung hinzu, die in gleicher Weise dazu beitragen sollten, das neu verankerte verfassungsrechtliche Verbot zu flankieren. Und einen Abschluss dieser Bemühungen bildete dann, in gewisser Weise, der Versuch, das Rechtsgebiet der Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen einheitlich zu kodifizieren und damit – endlich – systematisch zu erfassen. Das war Ausgangspunkt für die Gesetzgebungsgeschichte des SGB IX (dazu → Rn. 18).

Neben diese nationalen Entwicklungen traten supra- und internationale Normierungen. Auf supranationaler Ebene stellten die Entwicklungen rund um die **Richtlinie 2000/78/EG** einen Meilenstein dar. Auf der Grundlage des damaligen Art. 13 EG war die Gemeinschaft durch den Amsterdamer Vertrag ermächtigt, eine Richtlinie zur Gleichbehandlung zu erlassen. Diese Richtlinie enthielt auch ein Verbot, für eine Unterscheidung an das Merkmal der „Behinderung“ anzuknüpfen. Und diese Richtlinie, das war der maßgebliche Fortschritt, sollte ein derartiges Verbot auch in den privatrechtlichen Rechtsbereich hineinragen und besonders auch im Arbeitsrecht gelten. Die deutsche Umsetzung erfolgte mit langer Verzögerung durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz vom 14.8.2006.¹⁹ Die europäische Rechtsordnung hatte somit für den Schutz von Menschen mit Behinderungen vor Benachteiligungen in Beschäftigung und Beruf sowie in bestimmten Bereichen des Zivilrechts den entscheidenden Anstoß gegeben.

International kam kurze Zeit später eine weitere, bedeutsame Entwicklung hinzu, deren Reichweite und Tiefe bis heute häufig zum Teil völlig verkannt wird:

18 Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze (BGG) vom 27.4.2002, BGBl. I 1467.

19 BGBl. 2006 I 1897.

Am 13.12.2008 wurde das **Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK)** abgeschlossen. Diese Konvention, die als erster universeller Völkerrechtsvertrag gelten kann, der die allgemeinen Menschenrechte konkret auf die Situation von Menschen mit Behinderungen konzentriert, ist gemäß Art. 45 UN-BRK durch Verabschiedung als Bundesgesetz am 21.12.2008²⁰ und Hinterlegung der Ratifikationsurkunde für Deutschland zum 26.3.2009 als einfaches Bundesgesetz verbindlich geworden. Damit ist sie in Deutschland geltendes Recht. Das deutsche Recht ist infolgedessen im Lichte der Konvention auszulegen. Zudem ist Deutschland verpflichtet, die Ziele der Konvention bekannt zu machen und sich für ihre Umsetzung einzusetzen (zum Umsetzungsstand bzw. -defizit → Rn.17). Die Konvention ist maßgeblich auf die Konkretisierung bestehender Menschenrechte für die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen ausgerichtet. Deren Gleichbehandlung soll gefördert werden. Behinderung soll nicht mehr von vornherein negativ gesehen, sondern vielmehr als Teil der Vielfalt menschlichen Lebens wahrgenommen werden. Menschen mit Behinderungen soll eine selbstbestimmte und diskriminierungsfreie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Das ist Inhalt des mit der UN-BRK verfolgten „diversity“-Ansatzes. Demgegenüber treten Fürsorge und Ausgleich vermeintlicher behinderungsbedingter Defizite in den Hintergrund, ohne dass sie aufgegeben würden. Dem Ansatz von „diversity“ steht komplementär derjenige der „sozialen Inklusion“ zur Seite. Diese findet Ausdruck beispielsweise in den in der Konvention verankerten Forderungen nach gleichberechtigtem Zugang zum Arbeitsmarkt, nach Möglichkeiten der Teilhabe am kulturellen Leben sowie nach gleichberechtigter Mitwirkung in der Politik und inklusiver Bildung.

- 16 Die UN-BRK erkennt als Grundlage für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in ihrem Art. 3 die Achtung der Menschenwürde, der individuellen Autonomie und der Freiheit, selbstbestimmt Entscheidungen zu treffen. Darauf aufbauend führt die Konvention in über **vierzig Artikeln** die Pflichten und das Handeln auf, zu deren nationaler Umsetzung sich die Vertragsstaaten verpflichten. Auch Deutschland hat sich, gemäß Art. 4 Abs. 1 a UN-BRK, verpflichtet, alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstige Maßnahmen zur Umsetzung der in der UN-BRK anerkannten Rechte zu treffen. Zwar ist der Behinderungsbegriff selbst nicht verbindlich geregelt und hat die Präambel insofern auf die beständige Fortentwicklung dieses Begriffs verwiesen, doch sind gleichwohl für den Bereich des hier interessierenden SGB IX einige maßgebliche Pflichten in der Konvention verankert. So ist in Art. 9 UN-BRK die Barrierefreiheit geregelt. Die Staaten sind demnach verpflichtet, Zugangshindernisse zu beseitigen. Art. 25 UN-BRK enthält die Pflicht, Menschen mit Behinderungen eine unentgeltliche oder zumindest erschwingliche Gesundheitsversorgung zu garantieren, und zwar in demselben Umfang und derselben Qualität wie nichtbehinderten Menschen der Bevölkerung. Zusätzlich sind solche Gesundheitsleistungen vorzusehen, die von Menschen mit Behinderungen gerade wegen ihrer Behinderung benötigt werden, etwa im Bereich der Früherkennung und Frühförderung. Art. 26 sieht, unter den Stichwörtern „Habilitation und Rehabilitation“, die Pflicht vor, wirksame und geeignete Maßnahmen zu treffen, um Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit zu eröffnen, ein Höchstmaß an Selbstbestimmung, umfassende körperliche, geistige, soziale und berufliche Fähigkeiten und die volle Teilhabe an allen Aspekten des Lebens zu erreichen und zu bewahren. Art. 24 verlangt die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems, in dem Kinder mit Behinderungen nicht aus dem allgemeinen Schulsystem ausgegrenzt, sondern in dieses einbezogen werden. Art. 28 wiederum

20 BGBl. 2008 II 1419.

enthält eine Anerkennung des Rechts von Menschen mit Behinderungen auf einen angemessenen Lebensstandard und einen sozialen Schutz zur Sicherung dieser Rechte.

Nach der Ratifizierung der UN-BRK durch Deutschland stellte sich die Frage der **Umsetzung der Pflichten und Forderungen der Konvention**. Die Bundesregierung hatte ihrerseits in der Denkschrift zur Ratifizierung vom 3.12.2008²¹ deutlich gemacht, die Implementierung der BRK erfordere keine Gesetzesreformen. Ob man dies in dieser Pauschalität so vertreten kann, erscheint zweifelhaft. Jedenfalls ist, wie ausgeführt, am 26.3.2009 das genannte Übereinkommen als einfaches Bundesgesetz in Kraft getreten. Zutreffend ist dabei sicherlich, dass schon mit der Aufnahme des Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG im Jahre 1994 und dem Erlass des SGB IX sowie vor allem auch durch die Verabschiedung des BGG in Deutschland zahlreiche Vorschriften existieren, die die Ziele und Pflichten der Konvention sehr weitreichend umsetzen bzw. schon umgesetzt hatten. Auch ist richtig, dass das SGB IX wohl in vielen Bereichen als Vorbild für die UN-BRK gedient hatte. Doch ist gleichwohl zweierlei zu bedenken zu geben. Wenn man auch allgemein davon ausgehen kann, dass die deutsche Rechtsordnung ein bereits sehr weitreichendes und die Vorgaben der UN-BRK erfüllendes System aufzuweisen hat, wird man doch hinsichtlich der Pflichten und Regelungen der Konvention sehr genau zu überprüfen haben, ob die Umsetzung in Deutschland wirklich schon so weitreichend vorab erfolgt ist, dass die Einschätzung der Bundesregierung als zutreffend angesehen werden kann. Hier werden gerade in der Literatur mit Recht zum Teil erhebliche Bedenken geäußert.²² Zudem darf die Einschätzung der Regierung über das wohl eigentlich zentrale Problem nicht hinwegtäuschen, nämlich die auch nach zahlreichen gesetzlichen Weiterentwicklungen bis hin zum BTHG aus dem Jahr 2016 unverändert deutlich verbesserungswürdige Akzeptanz bestehender Regelungen. Es bleibt unverändert dabei, dass die UN-BRK in Deutschland auf ein Terrain trifft, in dem eine Umsetzung in der Rechtswirklichkeit immer noch stark gefordert ist und ein Handlungsbedarf auch in Deutschland besteht. Forderungen nach einer deutlich stringenteren und norm-, besonders aber telosangemessenen Umsetzung der Konvention, vor allem auch im Hinblick auf noch stringenteren und konsequenteren Regelungen im Verwaltungs- und Verfahrensbereich, sind daher nach wie vor berechtigt. Schon der erste Staatenbericht, den das Bundeskabinett am 3.8.2011 zur Umsetzung der UN-BRK verabschiedete,²³ ließ erkennen, dass zahlreiche Impulse, die von der UN-BRK ausgehen, unverändert nicht aufgegriffen worden sind.²⁴ Und insgesamt wurde das Ereignis „Zehn Jahre Sozialgesetzbuch SGB IX“ eher mit gemischten Gefühlen begangen: „Es zeigt sich: Die Vollzugsdefizite sind enorm.“²⁵ Deutschland erhielt, wie einige andere Länder auch, bislang zwei Dokumente mit abschließenden Bemerkungen nach einer Staatenprüfung. Erstmals 2015 und zum zweiten Mal am Ende des zusammengezogenen 2. und 3. Prüfverfahrens im September 2023. Beide Male gab es Lob, aber auch sehr deutliche Kritik vom UN-Ausschuss sowie Empfehlungen und Forderungen, wie die UN-BRK in Deutschland besser umgesetzt werden soll.

21 BT-Drs. 16/11234.

22 Vgl. etwa Nicklas-Faust RdLH 2011, 103.

23 Vgl. <https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/staatenbericht-2011.html>.

24 Vgl. zu diversen Beispielen der Defizite insbesondere Nicklas-Faust RdLH 2011, 103.

25 Fuchs Soziale Sicherheit 2011, 205, der zahlreiche Beispiele zur Begründung aufführt.

III. Die ursprünglichen politischen Vorgaben an die gesetzliche Neuregelung im SGB IX

- 18 **Der Gesetzgeber hatte seinerzeit erkannt**, dass die große gesellschaftliche Relevanz und die immer größer werdenden Anforderungen auch aus den internationalen Kontexten eine umfassende Regelung erforderlich machten, auch und vor allem, um auf diese Weise den nur schwer überschaubaren und damit verwirrenden Regelungszusammenhang zugunsten einer effektiveren Systematik zu verändern. Durch die Ergänzung des Art. 3 Abs. 3 GG um den Satz 2 im Jahr 1994 hatte der Deutsche Bundestag „auch eine Verpflichtung für Politik und Gesellschaft geschaffen, sich aktiv um die Integration von Menschen mit Behinderungen in die Familie, in den Beruf und in das tägliche Leben zu bemühen. Diese Verpflichtung einzulösen, ist eine dringliche politische und gesetzgeberische Aufgabe, nicht zuletzt vor dem ethischen Hintergrund der historischen Erfahrungen in Deutschland.“²⁶ Die Entschließung sah einen Bedarf an einer „Gesetzgebung, die den Anspruch von Menschen mit Behinderung auf Unterstützung und Solidarität als Teil selbstverständlicher und universeller Bürgerrechte erfüllt“, als Voraussetzung für das Ziel, „Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.“ Mit einem Sozialgesetzbuch IX sollte daher „anstelle von Divergenz und Unübersichtlichkeit im bestehenden Rehabilitationsrecht Bürgernähe und verbesserte Effizienz auf der Basis eines gemeinsamen Rechts und einer einheitlichen Praxis der Rehabilitation und der Behindertenpolitik gesetzt werden.“²⁷
- 19 Nach Antritt der Bundesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 1998 legte eine aus Abgeordneten der Koalitionsfraktionen gebildete, alle einschlägigen Politikfelder abdeckende Koalitionsarbeitsgruppe Behindertenpolitik im Oktober 1999 in Konkretisierung der Vorgaben der Koalitionsvereinbarung „**Eckpunkte** zum Sozialgesetzbuch IX“ vor, die die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag Ende 1999 einstimmig billigten. Der **interfraktionelle Entschließungsantrag** „Die Integration von Menschen mit Behinderungen ist eine dringliche politische und gesellschaftliche Aufgabe“²⁸, den der Deutsche Bundestag am 19.5.2000 einstimmig annahm, bekräftigt diese Forderung noch einmal. In dem Antrag wurde die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, das Recht der Rehabilitation von Menschen mit Behinderungen möglichst umgehend in einem Sozialgesetzbuch IX zusammenzufassen und weiterzuentwickeln und damit die Umsetzung des Benachteiligungsverbots des Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG im Bereich der Sozialpolitik zu gewährleisten.
- 20 Das SGB IX sollte, entsprechend der vom Gesetzgeber festgestellten gesamtgesellschaftlichen Relevanz, von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen werden. Daher wurden an der **Vorbereitung des Gesetzentwurfs** die Vertreter der Betroffenen, insbesondere die Organisationen von Menschen mit Behinderungen, frühzeitig und intensiv beteiligt. Von März bis Dezember 2000 wurden – mehrfach fortgeschriebene – „Roh-“, „Grund-“, „Arbeits-“, „Diskussions-“ und schließlich „Referentenentwürfe“ in der Arbeitsgruppe „SGB IX“ des Beirats für die Rehabilitation der Behinderten sowie in ergänzenden Abstimmungsgesprächen zur Diskussion gestellt und auch in der Koalitionsarbeitsgruppe Behindertenpolitik mehrfach erörtert. Dabei ging es insbesondere darum, die allgemeinen, für mehrere oder alle betroffenen Sozialleistungsbereiche geltenden Vorschläge zum Sozialgesetzbuch IX mit den weitergeltenden oder fortzuschreibenden Regelungen für die einzelnen Bereiche sachgerecht zu verzahnen, also mit den übrigen, schon bestehenden Bü-

26 BT-Drs. 14/2913, 3.

27 BT-Drs. 14/2913, 4.

28 BT-Drs. 14/2913, 2.

chern des Sozialgesetzbuchs (es fehlten zu dieser Zeit nur noch das SGB II und XII) mit dem Bundesversorgungsgesetz, mit dem Bundessozialhilfegesetz und mit anderen Regelungen. Es stand damit eindeutig das Bemühen des Gesetzgebers im Vordergrund, die vielschichtigen und umfassenden, schon bestehenden Regelungen in den verschiedenen Gesetzen zu koordinieren und aufeinander abzustimmen.

Die dabei diskutierten, aus den „Eckpunkten“ abgeleiteten **Entwürfe** bestanden von Anfang an aus drei Teilen, die sich später auch in der Gesetzesfassung wiederfinden sollten. Von Anfang an war beabsichtigt, in einem ersten Teil des neu zu schaffenden SGB IX bereichsübergreifende Regelungen für Sozialleistungen zur Rehabilitation und Teilhabe (bis dahin: Eingliederung) von Menschen mit Behinderungen und solchen, die von Behinderung bedroht sind, vorzusehen. In einem zweiten Teil des neuen Gesetzes sollten Regelungen für schwerbehinderte Menschen enthalten sein, die die geltenden Regelungen des Schwerbehindertenrechts – auch unter Berücksichtigung der Änderungen im Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter vom 29.9.2000²⁹ und einiger weiterer Änderungen – inhaltlich übernehmen und in Terminologie und Aufbau an den vorliegenden Ersten Teil anpassen sollten. Schließlich waren in den Entwürfen immer auch Vorschläge für Rechtsänderungen zur Verzahnung der einzelnen Rechtsbereiche enthalten. Im Ergebnis stand die Idee im Vordergrund, ein „integratives Gesetz“ zu schaffen. Das SGB IX sollte sowohl sozialrechtliche als auch arbeitsrechtliche Elemente miteinander verbinden.

Die „Eckpunkte“ enthielten im Hinblick auf die angesprochenen gemeinsamen Regelungen für alle betroffenen Sozialleistungsbereiche ihrerseits zwei „strategische“ Vorgaben. Einerseits sollte das sogenannte „gegliederte System“ im Grundsatz beibehalten werden, in dem die einschlägigen Sozialleistungen durch verschiedene Sozialleistungsträger erbracht werden und in deren spezifische Systemzusammenhänge eingebunden sind. Insofern wollte der Gesetzgeber von Anfang an keine „Radikallösung“, sondern eine unverändert bestehende Einbindung des Behindertenrechts in die vorhandenen Strukturen der Sozialversicherung. So sollte beispielsweise Leistungen der Rentenversicherung nach wie vor grundsätzlich nur derjenige erwarten dürfen, der dort versichert war, und Leistungen der Sozialhilfe, wer deren Voraussetzungen erfüllte. Andererseits wurde das Ziel verfolgt, dass Regelungen, die für mehrere Sozialleistungsbereiche einheitlich sein können, nur an einer Stelle getroffen werden, nicht an mehreren (mit gegebenenfalls divergierenden Ergebnissen). Das galt für viele Regelungen zu Inhalt und Zielsetzung der einschlägigen Sozialleistungen, die bisher zwar auch oft unterschiedlich formuliert waren, aber im Interesse der Betroffenen so weit wie möglich vereinheitlicht werden sollten, schon um nicht den Eindruck zu erwecken, bei dem einen Träger werde das gemeinsame Ziel – möglichst weitgehende Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und solchen, die von Behinderung bedroht sind, am Leben der Gesellschaft – auf andere oder weniger gute Weise umgesetzt als bei einem anderen Träger.

Von Anfang an war jedoch ein dem föderalen System geschuldetes Problem zu gewärtigen: Die Zusammenfassung und Weiterentwicklung des Rechts zur Eingliederung von Menschen mit Behinderungen konnte schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht das gesamte Recht der Rehabilitation von Menschen mit Behinderungen erfassen. Sie musste sich vielmehr zum einen auf das Bundesrecht beschränken. Alle landesrechtlichen Vorschriften, etwa das Recht der Sonderschulen, das Bauordnungsrecht, die Ausführungsgesetze zum Bundessozialhilfegesetz, die Landesblindengesetze, die Verordnungen über die Befreiungen von der Rundfunkgebührenpflicht usw., konnten nicht berücksichtigt werden. Dasselbe galt für

29 BGBl. 2000 I 1394.

alle kommunalrechtlichen Vorschriften. Das Vorhaben befasste sich zum anderen nur mit den sozialrechtlichen Regelungen, die gezielt auf die Rehabilitation und Eingliederung von Menschen mit Behinderungen und solchen, die von Behinderung bedroht sind, in die Gesellschaft ausgerichtet waren. Beide Gruppen konnten selbstverständlich darüber hinaus die gleichen Sozialleistungen und sonstigen Hilfen wie andere Bürger in Anspruch nehmen. Soweit das geschah, war die volle Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in das Sozialleistungsrecht bereits vollzogen, und die einschlägigen Leistungen brauchten nicht Gegenstand des neu zu schaffenden SGB IX zu werden. Nicht einzubeziehen waren schließlich Vorschriften, die sich in anderweitigen größeren Sachzusammenhängen als spezielle Regelungen für Menschen mit Behinderungen darstellen, da eine Herauslösung aus diesen Sachzusammenhängen eher zu Verständnisschwierigkeiten führen als Transparenz fördern würde. Das galt beispielsweise für steuerliche Vergünstigungen in den verschiedenen Steuergesetzen, berufsrechtliche Sonderregelungen in den Gesetzen über die Berufsausbildung oder die Ausbildungsförderung oder Sonderregelungen im Wohngeldrecht.

- 24 Die politischen Vorgaben waren damit umfassend und beschränkt zugleich. Der Gesetzgeber wollte eine umfassende Regelung, die einheitlich die Leistungen der Rehabilitation und zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in einem Gesetz regeln sollte, unter Verfolgung insbesondere der die bisherigen verschiedenen Leistungsangebote koordinierenden Aspekte. Die Einordnung des Rehabilitationsrechts musste sich aber andererseits beschränken und somit auf die Vorschriften konzentrieren, die für die einzelnen Rehabilitationsträger gelten und entweder Rehabilitationsleistungen oder das Rehabilitationsverfahren zum Inhalt haben. Hierzu gehört auch die Eingliederungshilfe der Sozial- und Jugendhilfe, da sie in der Sache auch Rehabilitationsträger waren und hierzu nunmehr auch „offiziell“ benannt worden sind.

IV. Das Gesetzgebungsverfahren zum SGB IX

- 25 Vor dem Hintergrund dieser politischen Vorstellungen entschied sich der Gesetzgeber zu einer **Neufassung des Rechts für Menschen mit Behinderungen**. Dabei kam ihm zugute, dass der Bund bei Schaffung des SGB IX die Gesetzgebungszuständigkeit in den einschlägigen Bereichen hatte, nämlich eine konkurrierende Gesetzgebungskompetenz nach Artikel 74 Abs. 1 Nr. 7, Nr. 10 und Nr. 12 GG unter anderem für die öffentliche Fürsorge, die Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung sowie für die Kriegsopferversorgung. Dem Bund stand das Gesetzgebungsrecht für diesen Bereich zu, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht (Art. 72 Abs. 2 GG). Im Lichte dieser Anforderungen wurden die Regelungen des SGB IX mit der Zielsetzung begründet, zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet sowie zur Wahrung der Rechtseinheit im gesamtstaatlichen Interesse durch eine bundesgesetzliche Regelung unterschiedliches Bundesrecht, das sich mit der Eingliederung von Menschen mit Behinderungen befasst, zu harmonisieren und eine möglichst einheitliche Leistungserbringung aller Rehabilitationsträger für das gesamte Bundesgebiet zu gewährleisten, um Ungleichbehandlungen der Betroffenen zu vermeiden.
- 26 Nach ausführlichen Abstimmungsgesprächen mit Verbänden, Ländern und Bundesressorts zu vielen Einzelpunkten wurde der Regierungsentwurf am 17.1.2001 vom

Stichwortverzeichnis

Fette Zahlen bezeichnen die Paragraphen, magere die Randnummern. Beziehen sich die Paragraphenangaben nicht auf das SGB IX, so ist das kommentierte Gesetz angegeben.

Abberufung

- Abberufungsverlangen **181** 23
- Beteiligung der SBV **181** 21
- Inklusionsbeauftragter **181** 21

Abfindung

- Altersstaffelung **164** 247
- Ausschluss **164** 248
- Entschädigung **164** 99
- Kürzung wegen früheren Rentenzugangs **164** 244
- mittelbare Benachteiligung **164** 246
- rentennahe Jahrgänge **164** 245

Abgeltung

- Arbeitsunfähigkeit **208** 37
- Ausschlussfrist **208** 40
- Geltendmachung **208** 40, 63
- keine Mitwirkungsobliegenheit des Arbeitgebers **208** 40
- Urlaub **208** 41
- Verfall **208** 40

Abgeltung für Beamte

- Antragserfordernis **208** 74
- Verjährung **208** 74

Abgrenzungsfragen **25** 7

Abklärung

- der beruflichen Eignung **65** 12
- Leistungen verschiedener Leistungsgruppen oder mehrerer Rehabilitationsträger **19** 4

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Fürsorge und Jugendwohlfahrtspflege v. 17.1.1966 (DÖFA) **100** 8 ff.

Ablehnung

- Beginn des Laufs der Frist zur Geltendmachung **164** 94
- Beteiligung der SBV bei Bewerbung **164** 162
- Geeignetheitsprüfung **164** 161

Ablehnung der Beteiligung

- Widerruf der Ablehnung **164** 159
- Ablehnung der Beteiligung der SBV
- Freiwilligkeit **164** 159

- kein Dispositionsrecht **178** 94

Ablehnungsrecht

- AGB **164** 160
- Behinderung der Amtstätigkeit **164** 160
- Beteiligung der Interessenvertretung **167** 75
- vorformulierte Erklärung **164** 160
- Abmahnung

- Beteiligung der kirchlichen Vertrauensperson **178** 42
- Beteiligung der SBV **178** 42
- Urteilsverfahren **179** 143

Abmeldung

- Inhalt der **179** 56
- Nachprüfung der Tätigkeit **179** 56

Abordnung

- Amtsende **177** 120
- Wahlberechtigung **177** 14

Abrechnung

- Ersatzvornahme **Kap. 2** 168
- Zwangsvollstreckung **Kap. 2** 168

Abschluss von Vereinbarungen

- bedarfsunabhängige Entscheidung **124** 11
- Rechtsanspruch **124** 10 ff.

Abstimmung **19** 14

- Namensliste **177** 88
- Stimmzettel **177** 88
- Wahlleitung **177** 88
- Wahlumschläge **177** 88

Abstimmungsgespräch

- Entgeltfortzahlung **178** 35

Abstimmungssitzung

- bezahlte Freistellung **178** 35
- Erforderlichkeit **178** 35

Abtretung

- Freistellungsanspruch **179** 140
- Abweichende Regelsatzfestsetzung
- besondere Wohnformen

Vor 90 20

- Mehrbedarf für gemeinsames Mittagessen in WfbM **Vor 90** 20
- Abweichung, erhebliche **135** 2 f.

Adressatenkreis des BGG

- Auslandsvertretungen BGG 113
- Beteiligungen an Einrichtungen des Privatrechts BGG 114
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge BGG 19
- Bundesgerichte BGG 111
- Bundesverwaltung BGG 19
- institutionelle Förderung BGG 115
- Jobcenter BGG 19
- Justizbehörden BGG 111
- Landesverwaltungen BGG 112
- Ordnungswidrigkeiten BGG 111
- Staatsanwaltschaft BGG 111

Akteneinsicht

- Rechtsmittel Kap. 2 37
- Teilhabeplan Kap. 2 36 f.
- Verfahrensmangel Kap. 2 37
- Verweigerung Kap. 2 37

Akteure

- klärende Stellen 167 78

Aktienoptionen

- Vertrauensperson 179 50

Akzessorietät bei fiktiver Genehmigung 64 5

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

- vorformulierte Ablehnung der SBV 164 159

Allgemeine Schulbildung 112 4

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

- „AGG-Hopper“ 164 101 f.
- allgemeines Benachteiligungsverbot 164 7
- Beschwerdestelle 164 104
- Entschädigungsanspruch 154 4
- Gesetz zur Umsetzung europäischer Richtlinien zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung 164 4
- gleichbehandlungsrechtliches Benachteiligungsverbot 164 17 ff.
- Kündigung 164 35 ff., 168 72 ff.
- Maßregelungsverbot 164 47
- Rahmenrichtlinie 168 73
- schwerbehindertenrechtliches Benachteiligungsverbot 164 7
- Unionsrecht 168 73
- Verweisung in § 164 Abs. 2 SGB IX 164 32 ff.

Allgemeine Vorschriften

- Eingliederungshilfe Vor 90 4
- Allgemeinverbindlicherklärung (AVE)
- Kündigungsfrist 169 5

Alliierte Stationierungsstreitkräfte

- Betriebsvertretung 177 53
- BPersVG 1991 177 53
- British Army Germany 177 53
- Hauptquartier 180 83
- NATO-Truppenstatut 177 53
- SBV der Zivilbeschäftigten 177 53
- SchwbG 1991 177 53
- SchwbVVO 1990 177 53
- Stufenvertretungen der schwerbehinderten Zivilbeschäftigten 180 83
- US-Streitkräfte 177 53
- Vertrauensmann 177 53
- Wahlordnung für SBV 177 53
- Zivilbeschäftigte 177 53

Alliierte Streitkräfte 154 21

Altenhilfe 93 4

Ältere Arbeitnehmer

- Ausnahme vom Sonderkündigungsschutz 173 22

Altersdiskriminierung

- Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege 103 17

Altersgrenze 57 21, 58 11

- für Nachteilsausgleiche 229 10

Altersrente

- Hilfen zum Erreichen des Arbeitsplatzes 185 9

Altersruhestand 220 25

Alterssicherung der Landwirte 7 13

Altersteilzeit

- Arbeitszeitmodelle 164 226
- Aufstockung 164 226
- Benachteiligung bei Ausgleichszahlungen für vorzeitigen Rentenbezug 164 227
- Blockfreizeit 156 2
- Freistellungsphase 156 8, 40
- mittelbare Benachteiligung im Tarifvertrag 164 31
- Pflegezeit 177 17
- Schwerbehinderte 164 198, 226
- Verblockungsmodell 156 40
- Vertrauensperson 177 118
- zusätzliche Rentenversicherungsbeiträge 164 226

Ambulante Leistungen zur medizinischen Rehabilitation 65 11

Amt

– Amtsführung der Vertrauensperson 179 17

Amtsärztliche Untersuchung 178 48

– Mitbestimmung 211 14

– Rechtmäßigkeit der Anordnung 211 14

Amtsende

– Abordnung zu einer anderen Dienststelle 177 116 f.

– Absinken der Mindestzahl für die Wahl 177 123

– Anfechtung der Wahl der Vertrauensperson 177 125

– Ausgliederung von Betriebsteilen 177 120

– Auslaufen des Verselbständigungsbeschlusses eines Teils einer Dienststelle 177 115

– Elternzeit 177 119

– Strafurteil 177 122

– Verlust der Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden 177 122

– Verlust der Wählbarkeit 177 115 ff., 120

– Versetzung 177 120

Amtsermittlung Kap. 2 113

– Amtshaftung 170 31

– Beweisanträge Kap. 2 19

– Beweismittel Kap. 2 18

– Untersuchungsgrundsatz Kap. 2 18, 105

Amtsermittlungsgrundsatz

– Soziale Teilhabe 113 4

Amtsführung, unparteiische 179 19

Amtsgericht

– Vollstreckungsgericht Kap. 2 161

Amtshaftung 237a, 237b 13

Amtspflichtverletzung 171 45

– Rechtsfolgen der 176 4

– Sanktion 176 19

– wichtiger Grund 179 80

Amtssprache, Deutsch BGG 6 7

Amtsträger

– Kündigung der schwerbehinderten Vertrauensperson 174 33

– Kündigung schwerbehinderter Betriebsratsmitglieder 174 33

– Kündigung schwerbehinderter Personalratsmitglieder 174 33

Amtszeit

– Abwahl 180 6

– Betriebsaufspaltung 177 134

– der SBV 177 112 ff.

– Ende 180 6

– Ende durch Niederlegung 177 114

– fester Stichtag Kap. 1 28

– Nachrücken 177 124

– regelmäßige 180 6

– Umstrukturierung 180 6

– Verkürzung 177 13, 180 6

– Verlängerung 177 13, 121, 180 6

– vorzeitige Beendigung 177 113

– vorzeitiges Ende 180 6

– Zusammenfassung von Betrieben 177 135

Analogleistungen

– Eingliederungshilfe 100 11

Andere Leistungsanbieter

– Eingliederungshilfe 111 2

– Zusammenarbeit 58 45

Änderung, notwendige 47 19

Änderungskündigung

– Angemessenheit des Arbeitsplatzes 172 71

– Sicherheit des zugesagten neuen Arbeitsplatzes 172 73

– Soll-Zustimmung 172 70 ff.

– Zumutbarkeit des Arbeitsplatzwechsels 172 71

Anderweitige Verwendung

– 100 Prozent der regulären Arbeitszeit 211 16

Anerkennung 225 5

– als Werkstatt, fachliche Anforderungen 227 5

– amtliche Feststellung 178 61

– amtliche Gleichstellung 178 61

– Verwaltungsakt 178 61

Anfechtung

– Anfechtungsgründe 177 104

– Arbeitsvertrag 168 21 ff.

– Folgen 168 35

– Frist für Täuschungsanfechtung 168 34

– Frist für Wahlanfechtung 177 106

– getrennte 180 27

– Gewerkschaft 180 28

– GSBV-Wahl 180 27 ff.

– isolierte Anfechtung der Vertreterwahl 177 108

- kein Ausschluss durch Kündigungsmöglichkeit **168 36**
- Offenbarungspflicht **168 24**
- SBV-Wahl **177 100 ff.**
- Täuschung **168 23**
- Teilanfechtung **180 27**
- Wahlanfechtung der SBV **177 107**
- Wahlanfechtung der stellv. Mitglieder **177 107**
- Wahlanfechtung der Vertrauensperson **177 107**
- Anfechtungsberechtigte
- Mindestzahl drei **180 29**
- Nichtanwendbarkeit der Mindestzahl **180 29**
- Anfechtungsfrist
- SBV-Wahl im Betrieb **177 106**
- SBV-Wahl in der Dienststelle **177 106**
- Anfechtungsklage
- Abfindungsvergleich **168 53**
- Abweisung der Kündigungsschutzklage **168 53**
- Erledigungserklärung **171 30**
- Rechtsschutzinteresse **168 53, 173 51**
- Restitutionsklage **168 53**
- Streitwert **171 44**
- Verwaltungsgericht **Vor 168 18**
- Anfechtungsrecht
- Arbeitgeber **177 103**
- Betriebsrat **177 101**
- drei Wahlberechtigte **177 102**
- Gewerkschaft **177 101**
- Personalrat **177 101**
- Anforderungsprofil
- Abweichen vom **164 137**
- Abweichung **165 23**
- Ausschreibung **164 140**
- Aussetzung der Festlegung **164 139**
- Auswahlrichtlinie **164 139**
- Benachteiligung **164 37, 138**
- Beteiligung der SBV **164 131, 139**
- Bindung an **165 21**
- Bindung an Ausschreibung **165 12**
- Diskriminierungsfreiheit **164 140**
- Dokumentation **164 137**
- Eignungstest **165 12**
- Ermessensspielraum **165 20**
- Examensnoten **165 12**
- Festlegung **164 136**
- gesetzliche Anforderungen **165 22**
- Prüfung des Arbeitsplatzes auf Eignung zur Besetzung **165 20**
- Ranking **165 25**
- willkürliche Anforderungen **165 12**
- Zusatzanforderungen **165 23**
- Angehörige **45 7**
- Angelegenheit, allgemeine
- Berührtsein **178 39**
- Berührtsein der Schwerbehinderten als Gruppe **178 41**
- Berührtsein des einzelnen Schwerbehinderten **178 41**
- Unterrichtung der SBV **178 41**
- Angelegenheit, personelle
- Abmahnung **178 42**
- Angebot eines Aufhebungsvertrags **178 42**
- Ein- und Umgruppierung **178 42**
- Kündigung **178 42**
- Versetzung **178 42**
- Angemessene Vorkehrungen **BGG 4 6, 7 11 ff.**
- Allgemeine Bemerkung Nr. 6 des Ausschusses der Vereinten Nationen **167 32**
- Anpassung **164 110**
- Belastungsgrenze **BGG 7 13**
- BEM **167 94**
- dialogische Klärung **167 32**
- einzelfallbezogene Sonderlösung **BGG 7 12**
- Gleichheitsverstoß **BGG 7 14**
- Landesbehindertengleichstellungsgesetze **BGG 7 15**
- Legasthenie-Urteil des BVerfG **BGG 7 15**
- Teilhabe am Arbeitsleben **10 5**
- Umsetzung ins SGB IX **164 187**
- Verfahrensregelung **167 32**
- Verfahren zur Suche der Anpassung **164 110**
- Angemessenheit
- Einkommenseinbuße **172 71**
- Stellung in der Hierarchie **172 71**
- unbestimmter Rechtsbegriff **172 71**
- Wünsche in der Eingliederungshilfe **104 7 ff.**
- Angemessenheitsvorbehalt
- Sonderregelung bezüglich Assistenzleistungen **104 13**

Anhaltspunkte 152 21 ff.

Anhörung **Kap. 2 4**

- Auseinanderfallen von Anspruch auf Unterrichtung und auf Anhörung 178 56
 - Betroffener **Kap. 2 38 ff.**
 - des Arbeitgebers 151 8, 204 2
 - des schwerbehinderten Menschen 170 32 ff.
 - Entlassung aus dem Dienst 178 83
 - Gelegenheit zur Stellungnahme 178 56
 - Nachholung 178 59, 82
 - Nachholung bei Kenntnis der Schwerbehinderung 211 12
 - nach Mitteilung der Schwerbehinderung, nachträgliche 211 13
 - Rechtzeitigkeit der 178 56, 58
 - SBV 177 4, 178 39
 - Unterrichtung der SBV 178 41
 - Verfahrensfehler 178 80
 - verwaltungsrechtliche Folgen 178 80
 - vor einer Entscheidung 170 38
 - vor Entscheidung des Arbeitgebers 178 57
 - vor Kündigung 178 57
 - vor oder nach der Zustimmung des Integrationsamts 178 69
 - vor personeller Entscheidung über eine personelle Maßnahme 178 57
 - vorsorgliche Anhörung 211 13
 - Willenserklärung 178 58
- Anhörung, unterbliebene
- Rechtsmittel **Kap. 2 39**
 - Rechtswidrigkeit **Kap. 2 39**
- Anhörung der SBV
- Anfechtbarkeit des Verwaltungsakts 178 80
 - Nichtigkeit des Verwaltungsakts 178 80
 - Unerheblichkeit der Nichtanhörung 178 81
- Anhörungsfehler, Heilung 211 21
- Annahmeverzug
- nach gerichtlicher Feststellung der Unwirksamkeit der Kündigung 168 68
 - Nichtbeschäftigung 164 204
 - Verschweigen der Schwerbehinderung 168 67
 - Wiedereingliederung 164 230

Anpassungsfaktor 70 8

Anrechnung

- Addition der Beschäftigungszeiten 173 9
 - amtliche Feststellung 158 13
 - Anrechnungsvereinbarung 173 13
 - Anrechnung von Schwerbehinderten auf Pflichtplätze 166 42
 - Arbeitgeber 158 9
 - Geschäftsführer 158 10
 - Grundsatz 158 3
 - Rechtsentwicklung 206 2
 - schwerbehinderte Heimarbeitnehmer 210 2
 - von schwerbehinderten Menschen 158 3 f., 159 3 f.
 - Zulassung 158 5
- Anrechnungsverbot
- Abbau von Überversorgung 206 13
 - Abdingbarkeit 206 21
 - Abfindung 206 14
 - Altersversorgung 206 12
 - Beamtenverhältnis 206 5
 - Bemessung des Entgelts 206 4 ff.
 - bestehendes Arbeitsverhältnis 206 10
 - Entgelt 206 4
 - Geltungsbereich 206 5
 - Inklusionsbetrieb 206 5
 - Krankenbezüge 206 11, 15 f.
 - Leistungsentgelt 206 17
 - Minderleistung 206 17 f.
 - Ruhegeld 206 12
 - ruhendes Arbeitsverhältnis 206 11
 - Übergangsgeld 206 10
 - Vergütungsordnung 206 20
 - Verstoß 206 22
 - Weihnachtsgeld 206 11
- Anschein der Benachteiligung
- Vermutung 179 66
- Anschluss
- Leistung 69 8
- Anschlussübergangsgeld 71 17
- Ansprechstellen 12 9
- Auskunft über Zuständigkeiten 167 43
 - Auskunft „wie aus einer Hand“ 167 30
- Anspruch auf bezahlte Arbeitsbefreiung 179 23

Anspruch auf Bonus

- Berechnung bei Teilfreistellung **179 6**

Anspruch auf Entgelt

- bei Annahmeverzug **168 67**
- Entgelt für Vertrauenspersonen **179 5**

- Krankenbezüge **206 16**

- Leistungsprinzip **206 3**

- Lohnersatzleistungen **206 15**

Anspruch auf Umgestaltung des Arbeitsplatzes

- weitergehend als Rücksichtnahme **164 190**

Anspruch auf Versetzung

- weitergehend als Rücksichtnahme **164 190**

Anspruch auf Vertragsänderung

- Besonderheit der behinderungsge-
rechten Beschäftigung **164 190**

Anspruch auf Zulagen

- Berechnung bei Teilfreistellung **179 6**

Anspruchgrundlage

- Eingliederungshilfe **99 1**

- Anspruchsübergang **141 2 ff., 10, 12, 15 f.**

- Anzeige **141 16 f.**

- Rechtsschutz **141 18 f.**

Antidiskriminierungsrecht BGG
12, 8

Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Jahresbericht **164 18**

Antidiskriminierungsverband

- Beistand vor Gericht **168 85**

Antrag

- Antragsrecht **178 16**

- Auslegung der Kündigungsart **170 11**

- Betriebsübergang **170 7**

- elektronisch **170 8**

- E-Mail **170 8**

- Entgeltschutz **178 16**

- Form **170 8**

- hilfsweise ordentliche Kündigung **170 11**

- Insolvenzverwalter **170 7**

- Kündigungsberechtigung **170 8**

- Mindestanforderungen **108 1**

- örtliche Zuständigkeit in der Eingliederungshilfe **98 4**

- Rechtsträgerumwandlung **170 7**

- schriftlich **170 8**

- Sozialhilfe **Kap. 2 16**

- Textform **170 8**

- Verfahrensrecht **170 4 f.**

- Vollmacht **178 16**

Antrag auf Sozialleistungen

- Leistungsträger **Kap. 2 14**

- Weiterleitung **Kap. 2 14**

Antrag auf Zustimmung

- Antragsvordrucke **170 45**

- Hilfen der BIH **170 45**

- Zuständigkeit **170 45**

- Zweiwochenfrist **174 13**

Anträge auf Zustimmung zur Kündigung

- Entwicklung 2021–2023 **Vor 168 26**

- Entwicklung bis 2024 **Vor 168 27**

Antragsbefugnis

- Antragsbefugnis der SBV für Beteiligung nach § 164 Abs. 1 Satz 6
SGB IX **164 142**

- Beschlussverfahren **178 17**

- Ordnungsgeld **178 145**

- SBV **177 35 f., 178 149**

Antragsdelikt **237a, 237b 11**

Antragserfordernis

- Eingliederungshilfe **Vor 90 5, 108 1**

- keine beim Zuständigkeitsübergang
vom Jugendamt **Vor 90 57**

Antragsfehler, Formmangel **170 8**

Antragsfrist

- Berücksichtigung der Beteiligung
des Betriebsrats **174 13**

- Besonderheit der öffentlichen Verwaltung **174 13**

- Bindung an Entscheidung der Verwaltung **174 16**

- Darlegungslast **174 18**

- keine Verlängerung wegen Beteiligung **174 13**

- Kenntnis vom Kündigungssachverhalt **174 13**

- Kündigung gegenüber GmbH-Geschäftsführer **174 13**

- Prüfkompetenz des Integrationsamts **174 29**

- Prüfungskompetenz der Integrationsämter **174 16**

- Prüfung von Amts wegen **174 13**

- Rspr.-Änderung **174 29**

- Versäumnis wegen Organisationsverschuldens 174 13
- Antragsrecht
 - Feststellungsverfahren 152 9
 - Minderjährige 152 10
 - SBV 178 16
- Antragssplittung 15 4
- Antragstellende Person 136 2, 4 ff., 137 2, 4, 140 3 ff., 141 3 f.
- Antragstellung
 - bei der Arbeitsagentur 173 47
 - beim Versorgungsamt 173 47
 - Bestimmtheit des Antrags 174 14
 - dreiwöchige Vorfrist 175 6
 - Hinwirken auf eine frühzeitige 9 3, 10 11, 12 6
 - Klarstellung des Antragsziels 174 14
 - Rückwirkung 178 66
 - Vorfrist 168 8
 - Vorfrist von drei Wochen 168 12
 - Vorwirkung für Beteiligung der SBV 178 61
 - Vorwirkung für Kündigungsschutz 178 61
 - Wahlrecht 177 18
- Antragsverfahren 170 13
 - Ablauf 170 28 ff.
 - Akteneinsichtsrecht 170 41
 - allgemeine Angaben 170 13
 - Angaben für die zu treffende Ermessensentscheidung 170 13
 - Anhörung der Schwerbehindertenvertretung 170 18
 - Anhörung des Betriebs- und Personalsrats 170 35
 - Anhörung des Schwerbehinderten 170 32
 - Antrag des Arbeitgebers 170 7
 - Antragsbegründung 170 12 ff.
 - Arbeitsagentur 170 34
 - Aufklärungsfehler 167 122
 - außerordentliche Kündigung 170 14
 - außerordentliche Kündigung, Frist 174 12
 - Aussetzung wegen Präventionsverfahren 172 16
 - Aussetzung zur Nachholung des Präventionsverfahrens 170 19
 - bei Kündigung mit Auslauffrist 174 10
 - betriebsbedingte Kündigung 167 122
 - Einholen von Stellungnahmen 170 30
 - elektronischer Antrag 170 1
 - erledigendes Ereignis 173 26
 - Fachstellen für behinderte Menschen im Arbeitsleben 170 20
 - Feststellungslast 167 122
 - Formnichtigkeit 170 10
 - Fristlauf 170 28
 - gesteigerte Behauptungslast 167 122
 - Gesundheitsdaten 170 33
 - GSBV 170 38
 - gütliche Einigung 170 42 ff.
 - KSBV 170 38
 - Kündigungsgründe 170 12 f.
 - Landesrecht 170 3
 - Leitender Angestellter 170 37
 - Mindestangaben im Antrag 170 11
 - Mitwirkungsobliegenheit 170 33
 - Nachbesserung 170 1 ff.
 - Negativattest 170 17
 - ordentliche Kündigung 170 15
 - Sachverhaltsermittlung 170 30
 - Stellungnahme der Schwerbehindertenvertretung 170 38
 - Stellungnahme des Betriebsrats 170 37
 - Stellungnahme des Sprecherausschusses 170 37
 - Stilllegungsabsicht vorgeschoben 167 122
 - Unkenntnis von Rentenbewilligung 175 14
 - Unkenntnis von Schwerbehinderung 175 14
 - Verfahrensbeteiligte 170 29
 - Verfahrensgrundsätze 170 29
 - Vertretung bei der Antragstellung 170 9
 - vor Durchführung des Präventionsverfahrens 170 19
 - vor Feststellung der Schwerbehinderung 170 17
 - Vorteile aus rechtswidrigem Handeln 167 122
 - Zeitpunkt der Antragstellung 170 16
 - zuständiges Amt 170 20

Anwalt

- auswärtiger **179 111**
- Beistand eines Anwalts **167 69**
- BEM-Gespräche **167 69**

Anwaltskosten **Kap. 2 93**

- Kostentragung des Arbeitgebers **Kap. 2 175**

Anwaltsvergütung

- Durchsetzung **179 108**
- Haftung der Vertrauensperson **179 112**
- Honorarzusage **179 112**
- Rechtsanwaltsvergütungsgesetz **179 112**

Anzahl der stellvertretenden Mitglieder der SBV

- Wahlversammlung **177 12**
- Wahlvorstand **177 12**

Anzeige

- Aufforderung **163 12**
- Inhalt **163 9**
- unterlassene **163 13**
- Zuständigkeit **163 8**

Anzeigenerstattung

- Anwaltskosten **179 114**

Anzeigespflicht

- für die maßgeblichen Daten **163 7**
- Verstoß gegen die Anzeigepflicht **238 14**

Arbeitgeber

- Anfechtungsberechtigung **159 20**
- Antragsberechtigung **159 16**
- Arbeitsmarkt **187 5**
- Beauftragten bestellen **181 2**
- Begriff **154 8 ff.**
- Beratung **187 5**
- Beratungspflicht **155 7**
- Beschäftigungspflicht, arbeitsrechtliche **164 192**
- Beschäftigungspflicht, öffentlich-rechtliche **164 2**
- Beteiligung **10 10**
- Bund als Arbeitgeber **154 15**
- darlegungs- und beweisrechtlichen Vorteile **164 202**
- Definition **181 7**
- der öffentlichen Hand **154 14**
- Differenzierung nach öffentlichen und sonstigen Arbeitgebern **164 144**
- Einspruch gegen die Liste der Wahlberechtigten SchwbVWO **4 6**

- fehlende Unterstützung bei Wahl SchwbVWO **2 45**
 - Fragerecht **168 25 ff.**
 - freie Entschließung **164 112**
 - interne Besetzung des Arbeitsplatzes **164 144**
 - Kleinunternehmer **154 28**
 - Länder als Arbeitgeber **154 16**
 - öffentlicher, Adressat **238 4 f.**
 - Ordnungswidrigkeit **181 38**
 - persönliche Verantwortung **238 6**
 - Pflichtenübergang auf Beauftragten **181 37 f.**
 - privater **154 9, 238 5**
 - Prüfpflicht **187 5**
 - Rechtsbehelf bei Ablehnung des Zustimmungsantrags **174 37**
 - Schaffung von Arbeitsplätzen **184 3**
 - stufenweise Wiedereingliederung **44 9**
 - Teilhabe am Arbeitsleben **184 3**
 - Unterlassungspflicht **167 82**
 - Unterstützung bei der Wahl SchwbVWO **3 8**
 - Unterstützung der Schwerbehindertenvertretungswahl SchwbVWO **2 40 ff., 44**
 - verantwortliche Vertretung **181 2**
 - Zusammenarbeit **182 1 ff.**
- Arbeitgeberbeauftragte
- Abberufung **168 39**
 - Arbeitgeberbeauftragte **168 39**
- Arbeitgeberpflicht **163 14 ff.**
- Auskunftspflicht **163 14**
 - behindertengerechte Beschäftigung **176 10**
 - Benachteiligungsverbot **176 10**
 - Benennung der Vertrauensperson und des Inklusionsbeauftragten **163 17**
 - Einschalten der SBV **167 11**
 - Mindestbeschäftigungspflicht **176 10**
 - Überwachung durch Interessenvertretungen **176 10**
 - Umsetzung **172 67**
 - Verletzung von, Ordnungswidrigkeit **238 12**
 - Versetzung **172 67**
 - Zumutbarkeitsvorbehalt **164 209**

- Arbeitnehmer 156 12 ff.
- Abgrenzung bei Franchiseunternehmen 156 16
- Abgrenzung bei Transport und Güterverkehr 156 17
- Abgrenzung bei Unterrichtstätigkeit 156 14
- Abgrenzung bei Verkaufstätigkeit 156 13
- Abgrenzung bei Versicherungsvermittlung 156 15
- Abgrenzung zum freien Mitarbeiter 156 12
- Beamte als Arbeitnehmer 168 6
- Eingliederung 156 12
- Geschäftsführer als Arbeitnehmer 168 5
- Klage gegen Kündigung 174 36
- primären Darlegungslast 164 202
- Widerspruch als Rechtsbehelf gegen Zustimmung 174 36
- Arbeitnehmerähnliche Person 156 24
- Vermutung 221 12
- Wahlrecht 177 17
- Arbeitnehmer der Bundesagentur für Arbeit
- Dienstanweisung zur Freistellung von Mehrarbeit 207 4
- Arbeitnehmerstatus in der Werkstatt
- Datenschutz 179 121
- Arbeitnehmersvertretung
- Freistellung 156 38
- Mitberatungsrecht 155 7
- Überwachung 163 10
- Arbeitsagentur
- interne Stellenbesetzung 164 142
- Meldung mit Auslösung eines Vermittlungsauftrags 164 141
- Online-Jobbörse 164 141
- Unterstützung bei Antragstellung 178 18
- Verbindungsaufnahme 164 141 ff., 145
- Verbindungsperson 182 11
- Vermittlungsbemühung 164 143
- Vermittlungsvorschlag 164 1
- Zusammenarbeit mit SBV 164 144
- Arbeitsassistentz
- Arbeitgebermodell 185 24
- BIH-Empfehlung 185 24
- Dienstleistungsmodell 185 24
- Ermessen 185 24
- Rechtsanspruch 185 24
- Verordnung 191 2
- Arbeitsbedingungen
- behinderungsgerechte Beschäftigung 164 185
- Arbeitsbereich
- Rechtsanspruch auf Leistungen 58 6 f.
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 156 36
- Arbeitseinkommen 65 12, 66 5, 72 7
- Arbeitsentgelt
- Anrechnung 206 1 ff.
- Einbuße 172 71
- fiktives 68 5 ff., 9
- Zahlungspflicht 221 18
- Arbeitsergebnis 221 26
- Ermittlung 58 38
- Prüfpflichten 58 43
- Verwendungsverbot 58 42
- Zeitpunkt der Ermittlung 58 40
- Arbeitsprüfung 65 12
- Arbeitsförderung 65 9
- Arbeitsförderungsgeld
- Eingliederungshilfe 111 2
- Arbeitsgemeinschaft 75 10, 96 5
- Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) 39 3
- der Eingliederungshilfe auf Landesebene 94 11
- der Hauptpersonalräte 180 1
- Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte
- der Vereinigung der Schwerbehindertenvertretungen des Bundes 180 1
- Teilnahmerecht der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen des Bundes 180 1
- Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen
- Öffentlicher Dienst des Freistaats Bayern 180 93
- Öffentlicher Dienst des Landes Baden-Württemberg 180 93
- Öffentlicher Dienst des Landes Niedersachsen 180 93
- Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen des Bundes
- Öffentlicher Dienst des Bundes 180 92

Arbeitsgericht

- Bestellung Wahlvorstand 177 98
- Hinweis auf verlängerte Anrufung 171 39
- Klagefrist bei Kündigung 171 39
- Prozessgericht **Kap. 2** 161
- Rechtsmäßigkeitprüfung 172 6
- Verfahrensarten **Kap. 2** 153
- Wahlinitiiierung SchwbVWO 1 65 ff.

Arbeitsgerichtliches Kündigungs-
schutzverfahren

- Abwägung der Interessen der Vertragsparteien 168 3

Arbeitsgruppe

- Geschäftsordnung 178 108

Arbeitskampf

- Wiedereinstellung 174 41

Arbeitsleben

- begleitende Hilfe im Arbeitsleben 185 2

- Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben 185 2

Arbeitslosengeld 44 29, 64 19

Arbeitslosenversicherung 65 11

Arbeitslosigkeit 65 12

Arbeitsmarkt 154 2

- innerbetrieblicher 164 146

Arbeitsmarktprogramm

- Ausgleichsabgabe 187 7
- Regionaldirektion 187 7
- Verwaltungsvereinbarung 187 7

Arbeitsmittel

- Kommentare 180 49

Arbeitsorganisation

- Anspruch auf Änderung 164 223
- Umgestaltung 164 213

Arbeitspensum

- richterliche Arbeitszeit 207 7

Arbeitsplatz 156 3, 5 ff.

- Arbeitsplatzwechselsempfehlung 167 53
- Arbeitsverhältnis fortsetzen 167 36
- Assistenzhund 164 218
- ausgelagerter 219 10
- behinderungsgerechte Ausstattung/ Gestaltung 164 213, 185 8, 14
- Besetzung mit Leiharbeitnehmern 164 121
- Entleiherbetrieb 164 120
- erhalten 167 36
- freier 165 5 ff.

- freiwerdender 165 5
- Gefährdung 10 8, 167 17
- gesicherter 172 70
- Homeoffice 164 217
- kw-Vermerk 165 5
- Neubesetzung von 164 1
- Prüfpflicht 164 112
- Rehabilitationsträger 185 14
- Schaffung eines neuen 164 195
- Schwerbehinderung 185 4
- Suche nach freien Arbeitsplätzen 172 32
- technische Arbeitshilfen 164 216
- technischer Beratungsdienst 185 5
- Verschwiegenheit 179 100
- Vorrang der internen Besetzung 165 6
- Zuweisung des bisherigen Arbeitsplatzes trotz Arbeitsunfähigkeit 168 68

Arbeitsplatzanforderungen

- Profilmethode 179 125
- Arbeitsplatzbeschreibung
- Geeignetheitsprüfung 164 135

Arbeitsplatzwechsel

- Wunsch nach Arbeitsplatzwechsel 168 69
- Zumutbarkeit 172 72

Arbeitsrechtsweg, § 2 ArbGG 168 63

Arbeitsschutzausschuss, SBV 178 105

Arbeitssicherheit, SBV 178 105

Arbeitsstätten

- Änderung der ArbStättV 164 212
- behinderungsgerechte Einrichtung 164 212

Arbeitstherapie 42 23

Arbeitsuche

- guter Wille bei Prüfung der Stellenbesetzung 164 109

Arbeitsumfeld

- behinderungsgerechte Gestaltung 164 213

Arbeitsunfähigkeit 71 11

- stufenweise Wiedereingliederung 44 17

Arbeitsverhinderung 65 10

Arbeitsversuch

- Beteiligung 178 44
- Arbeitsweise
- Sachverständigenbeirat 153a 4